

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Geschäftsleiter:
Ernst Thälmann, Berlin.
Verleger: Ernst Thälmann 4195/4196



Redaktion für Verlag und Geschäftsleitung:
Berlin O 23 04, Tele. Wilhelm-Platz 6
Verlagsdruck: Gropius

Die Zeitung ist im Geklebot.
Der Inhalt ist nur auf Grund besonderer Genehmigung des Reichspräsidenten zu veröffentlichen.

Berlin, den 10. Nov. 1932.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Wie sie kleben.

Der Selbsterhaltungsplan der Barone. - Aber ob er gelingt?

SPD. Das Kabinett der Barone hat sich entschlossen, den Verfassungskonflikt mit dem Reichstag zu erneuern und auf die Spitze zu treiben. Die ungeheure Wucht des Misstrauensvotums, das die Barone bei der Reichstagswahl erhalten haben, hatte ihre Stellung zunächst erschüttert. Inzwischen sind die hinter ihnen stehenden Kräfte wirksam geworden, Kräfte, die den Konflikt auf die Spitze treiben wollen, und die das Kabinett der Barone öffentlich ungestraft zu Eidbruch und Hochverrat auffordern.

Das Ergebnis der Kabinettsitzung vom Mittwoch ist nicht veröffentlicht worden. Am Donnerstag hat der Reichspräsident den Herrn von Papen empfangen. Ueber diesen Empfang ist eine amtliche Mitteilung ausgegeben worden, die klar erkennen lässt, dass die Barone tiefer in den Konflikt hineinsteuern wollen. Die Mitteilung lautet :

"Reichspräsident von Hindenburg nahm den Vortrag des Reichskanzlers von Papen über die Auffassung des Kabinetts zur innenpolitischen Lage entgegen. Der Reichspräsident betonte, dass er an dem der Bildung der Regierung von Papen zugrundeliegenden Gedanken einer nationalen Konzentration auch weiterhin festhalte. Dementsprechend beauftragte er den Reichskanzler in Besprechungen mit den Führern der einzelnen in Frage kommenden Parteien festzustellen, ob und wie weit sie gewillt seien, die Regierung in der Durchführung des in Angriff genommenen politischen und wirtschaftlichen Programms zu unterstützen."

Hier tritt der Wille der Barone hervor, dem Volke das Diktat einer hauchdünnen Oberschicht aufzuzwingen. "Nationale Konzentration", geführt von Herrn von Papen und den übrigen Baronen bedeutet ein reaktionäres Partei- und Klassenregiment gegenüber der arbeitenden Bevölkerung. Das Wort "national" ist hier schon ziemlich eindeutig in dem Sinne von politisch und sozial rechtsstehend gebraucht. Allein diese amtliche Mitteilung schon ist eine neue Kampfansage der hauchdünnen Oberschicht gegenüber der werktätigen Bevölkerung. Der Wille dieser Oberschicht soll entscheidend sein und nicht der Wille des Volkes. Herr von Papen will nach wie vor als Vorkämpfer des ostelbischen Junkertums und der Schlotbarone die politischen und sozialen Rechte des Volkes mit Gewalt abbauen!

Der Herr von Papen hat in seinen Deklamationen gegen die politischen Parteien wiederholt darauf verwiesen, dass die Abgeordneten an keinerlei Aufträge gebundensind. Das Programm, das in der amtlichen Mitteilung entwickelt wird, stellt den Versuch dar, die Abgeordneten zu nötigen, sich dem Willen der Regierung zu unterwerfen. Es wird ihnen zugemutet, auf die Gesetzesinitiative des Reichstages zu verzichten, zu verzichten fernerhin auf die Ablehnung von Regierungsvorlagen, auf das Recht, der Reichsregierung das Misstrauen aus-

zusprechen, selbst auf das Recht des Reichstags, seine Geschäfte selbst zu ordnen und sein Arbeitsprogramm selbst festzustellen! Würde der Reichstag sich den Zumutungen unterwerfen, die ihm gestellt werden sollen, so würden die vom Volke gewählten Abgeordneten, die an keine Aufträge gebunden sind, zu Heloten des Kabinetts der Barone werden.

Das Kabinett der Barone will für solche Projekte die Autorität des Reichspräsidenten einsetzen, es will mit der Autorität des Reichspräsidenten gegen die politischen Rechte des Volkes, wie gegen seine sozialen Interessen anrennen. Damit wird die Autorität des Reichspräsidenten aufs Spiel gesetzt für eine schlechte Sache, die vom Volke in rechtsgültiger, unumstößlicher Entscheidung bereits verurteilt worden ist.

Der Herr von Papen ist einer überwältigenden Mehrheit des Volkes vor der Reichstagswahl als ein Verächter der Volksrechte erschienen und das mit Recht! Seine Regierung hat darum in der Wahl ein Todesurteil erhalten. Dennoch setzt dieser Herr von Papen, hinter dem nichts steht als die reaktionären Gelüste einer hauchdünnen Oberschicht, den Feldzug gegen das Volk und die Volksrechte fort. Dieser Mann bedeutet eine Gefahr für die Autorität des Reichspräsidenten eine Gefahr für das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes. Dieser Mann muss verschwinden!

Die nächsten Tage werden zeigen, ob die Parteien, die ihn bisher auf das heftigste bekämpft haben, ob Zentrum und Nationalsozialisten sich auf das Diktat hin, das diese amtliche Mitteilung bedeutet, in Verhandlungen mit ihm über seine Verfassungspläne und sein reaktionäres Wirtschaftsprogramm einlassen werden, bei denen sie nur verhört werden sollen, ob sie kapitulieren und Herrn von Papen ihre Stimme geben wollen. Wenn diese Parteien sich darauf einlassen, so werden die Fronten absolut klar liegen. Sie werden dann zu Knechten des Herrn von Papen und der hinter ihm stehenden feudalreaktionären Kräfte geworden sein. Der Verfassungskonflikt wird dadurch nicht an Schärfe verlieren, sondern nur noch gewinnen; denn dann wird die Klassenlinie, die das Volk zerreißt auf das schärfste hervortreten.

Was aber, wenn das Kabinett der Barone auf dies hochmütige Diktat hin eine Absage erhält? Wird es dann abermals mit dem Feuer der Reichstagsauflösung spielen, will es praktisch das Parlament und den Willen des Volkes missachten und endgültig ausschalten? Die amtliche Verlautbarung lässt nur zu deutlich erkennen, dass das Kabinett der Barone sich ein Alibi zu verschaffen wünscht, um die Konfliktpolitik auf die Spitze treiben zu können. Das Kabinet der Barone spielt mit dem Feuer!

=====

SPD. Chemnitz, 10. Nov. (Eig. Drahtb.)

Bei den Zusammenstößen in Chemnitz am Mittwoch-Abend wurden sieben Anhänger der Sozialdemokratie schwer und 24 leicht verletzt. Die Nationalsozialisten sollen zehn Verletzte haben, die Polizei hat fünf.

Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, dass der Ueberfall von den Nationalsozialisten auf die Teilnehmer an der Revolutionsfeier der SPD planmäßig organisiert worden ist. Schon lange vor Schluss der sozialdemokratischen Veranstaltung wurden vor dem Kaufmännischen Vereinshaus, in dem die Feier der SPD stattfand, und in den anliegenden Strassen kleine Trupps uniformierter Nazis beobachtet, die den Saalausgang dauernd im Auge behielten und sich orientierten, wie weit wohl die Veranstaltung geschritten sei. Nach elf Uhr riefen die Nazis ihre Trupps durch Trompetensignale zusammen. Es ist ferner festgestellt worden, dass nationalsozialistische Motorradfahrer ihre Parteifreunde, die im Innern der Stadt herumlungerte, nach dem Kaufmännischen Vereinshaus dirigierten mit dem Ruf: "Los, alles sofort nach dem KV!"

Nach dem ersten Angriff, bei dem von den Nazis fünf bis sieben Schüsse

abgegeben wurden, wichen die sozialdemokratischen Versammlungsbesucher in das Haus zurück, an dessen Portal ein wildes Gedränge entstand. Die Arbeiterschaft sammelte sich, machte einen Ausfall und trieb die Nationalsozialisten in die angrenzenden Strassen. Darauf sammelten sich die Nazis zu einem zweiten Angriff. Auch jetzt wurde mehrmals geschossen. Mit kopfgrossen Pflastersteinen schlugen sie Türen und Fenster im Kaufmännischen Vereinshaus ein. In diesem Augenblick erschien die Polizei, die die sozialdemokratischen Versammlungsbesucher mit gezogenen Pistolen in Schach hielt. Auf Geheiss der Polizei mussten sie im Saal bleiben, während die Ueberfallkommandos die Strassen von Nationalsozialisten säuberten.

Interessant ist ein Zwischenfall, den ein Redaktionsmitglied der "Chemnitzer Volksstimme" beobachtete: Während er an den dienstführenden Polizeioffizier mit einer Frage herantrat, kam ein SA-Führer auf den Offizier zu und verlangte von diesem die Erlaubnis, mit seiner SA den Saal ausräumen zu dürfen. Schon diese Äusserung beweist, was die Nazis vorhatten. Sie hatten offenbar erfahren, dass die Sozialdemokratische Partei für die Veranstaltung auf einen Saalschutz durch das Reichsbanner verzichtet hatte, da nur eine Feier zum Jahrestag der Revolution abgehalten werden sollte. Lange nach Mitternacht, nachdem die Nazis endlich von der Polizei abgedrängt worden waren, wurden die sozialdemokratischen Versammlungsbesucher bezirksweise unter dem Schutz von Polizeistreifenwagen nach Hause gebracht.

SPD. Braunschweig, 10. Nov. (Eig. Dr.)

In Braunschweig liegen sich die Regierungsparteien Deutschnationale und Nazis kräftig in den Haaren.

Der deutschnationale Landesvorsitzende erklärte am Donnerstag, dass die Nationalsozialisten seinerzeit verlangt hätten, dass für Adolf Hitler eine Professur für Politik an der Technischen Hochschule in Braunschweig eingerichtet werden solle. Die Deutschnationalen hätten sich wegen dieses Verlangens an den Kopf gefasst und die Blamage nur dadurch verhindert, dass sie einer Ernennung zum Regierungsrat zugestimmt hätten. Der Professor für Politik wäre noch eine grössere Verblendung gewesen als der Gendarmeriekommissar von Hildburghausen.

Hitler hat übrigens bisher noch keine Stunde Dienst für den Freistaat Braunschweig getan, obwohl für ihn ein Gehalt von jährlich rund 6 000 Mark ausgeworfen wird.

SPD. Der Parteiausschuss der Sozialdemokratie beschäftigte sich am Donnerstag nach einem Referat des Parteiführers Otto Wels mit der durch den Ausfall der Reichstagswahl geschaffenen politischen Lage. Es herrschte volle Übereinstimmung darüber, dass es für die Sozialdemokratie nur schärfsten und rücksichtslosesten Kampf gegen die jetzige Reichsregierung und ihre volksfeindlichen Pläne gebe. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird am Donnerstag, den 17. November zusammentreten und weitere Beschlüsse für ihr Vorgehen im Reichstag fassen.

SPD. Zürich, 10. November (Eig. Drahtb.)

In der Affäre der faschistischen Spitzelorganisation in der Schweiz sind drei weitere Verhaftungen vorgenommen worden. Unter den Verhafteten befindet sich auch der Anarchist Zamboni.

SPD. Die Reichsregierung hat die Absicht, den Reichstag zum spätesten Termin einberufen zu lassen, der nach der Reichsverfassung möglich ist. Das ist der 6. Dezember. Von anderer Seite wird die sofortige Einberufung des Reichstags verlangt. Der Herrschaft der Papen-Barone soll so schnell wie möglich ein Ende gemacht werden. Das ist insbesondere das Ziel der Sozialdemokratie.

Aber die Einberufung des Reichstags ist erst möglich, wenn die Zusammensetzung der Reichstags amtlich feststeht. Bei dem Verhältniswahlrecht dauert das mindestens drei Wochen. Zunächst muss das Ergebnis in den einzelnen Wahlkreisen und in den Wahlkreisverbänden festgelegt werden. Dann erfolgt die Zuteilung der Sitze auf der Reichsliste. Da viele Kandidaten in mehreren Wahlkreisen aufgestellt sind, so muss auch erst ermittelt werden, welches der auf sie entfallenden Mandate sie annehmen. Alles das erfordert viel Zeit und ist bisher niemals vor Ablauf von 21 bis 25 Tagen möglich gewesen. Der früheste Termin zum Zusammentritt des Reichstags liegt also Ende November bzw. Anfang Dezember.

Die Sozialdemokratie wird ihre politischen Entschlüsse ohne Rücksicht auf den Termin des Reichstagszusammentritts fassen. Nachdem am Donnerstag bereits der Parteiausschuss zur politischen Lage Stellung genommen hat, wird die neue sozialdemokratische Reichstagsfraktion am kommenden Donnerstag den 11. November zu ihrer ersten Sitzung zusammentreten. Die Sozialdemokratie wird den Kampf gegen das Präsidialkabinett Papen, für die Wiederherstellung der Demokratie und die Rechte des Parlaments energisch fortsetzen. Insbesondere wird dafür Sorge getragen werden müssen, dass durch ein Ausführungsgesetz zum Artikel 48 dem Misbrauch der Verfassung endlich Einhalt geboten wird.

Der stärkste Stoss gegen die Papen-Regierung aber wird durch eine im Reichstag selbst erhobene Kritik an ihrer lediglich von Misserfolgen reichen Politik geführt werden. Selbstverständlich wird die Sozialdemokratie sich auch weiterhin bemühen, das Los der Opfer der Wirtschaftskrise zu bessern. Wiederum werden Anträge auf Erhöhung der Unterstützung der Arbeitslosen gestellt werden. Durch Anträge auf Aufhebung der Sondergerichte und Erlass einer Amnestie für die Opfer einer ungerechten Justiz muss das verletzte Rechtsgefühl wiederhergestellt werden. Auch die bereits im letzten Reichstag gestellten Anträge auf Umbau der Wirtschaft werden neu eingebracht werden.

SPD. Hamburg, 10. November (Eig. Drahtb.)

In dem grossen Prozess gegen die schleswig-holsteinischen Bombenattentäter, der gegenwärtig vor dem Sondergericht in Altona abrollt, wurden am Donnerstag 20 Zeugen vernommen. Zu Beginn der Verhandlung richtete der nationalsozialistische Rechtsanwalt Dr. Freisler-Kassel, der die angeklagten SA- und SS-Leute verteidigt, scharfe Angriffe gegen die Staatsanwaltschaft. Er behauptete, dass die Staatsanwaltschaft sich bei der Untersuchung der Bombenattentate der Aussagen von Vertrauensmännern bedient habe, die man in den Reihen der SS und SA als Spitzel bezeichnet. Es müsse verlangt werden, dass die Anklagebehörde die Namen dieser Vertrauensmänner bekanntgebe und ein weiteres Zusammenarbeiten mit ihnen ablehne. Die Staatsanwaltschaft lehnte diese Anträge ab.

In der Zeugenvernehmung schilderte der Gastwirt Schütterow aus Elmshorn

auf dessen Lokal eines der Attentate verübt worden war, die Vorgänge in der Nacht zum 1. August. Gegen 1.40 Uhr, als er mit seiner Familie schon zu Bett gelegen sei, habe er gehört, wie ein Auto vorfuhr. Auf der Strasse seien dann 8 bis 10 Schüsse gefallen und kurz darauf seien mit grossem Getöse zwei Handgranaten explodiert, die an seinem Haus einen beträchtlichen Schaden angerichtet hätten. Seine Frau habe einen schweren Nervenschock erlitten, an dem sie bis heute noch leide. Ein zweiter Augenzeuge dieses Attentats, der Friseur Ahr, sagt aus, dass er von dem Auto aus, mit dem die Handgranatenattentäter vorfuhren, mit Pistolen beschossen worden sei, als er mit einigen Freunden in der Nähe der Gastwirtschaft stand.

In Barmstedt, wo ein Attentat gegen ein kommunistisches Parteilokal geplant war, wurde die Handgranate aus Versehen in die Wohnung eines Arbeiters geschleudert, der mit seiner Familie schon schlafen gegangen war. Wie durch ein Wunder wurde bei diesem Attentat niemand verletzt, denn die Handgranate, die im Schlafzimmer der Familie zur Explosion kam, richtete eine furchtbare Zerstörung an.

Ueber die Ausführung des Handgranatenanschlages auf das Haus der Konsumgenossenschaft Produktion in Pinneberg wird der Student Stampf vernommen, der als Mitglied des SA-Motor-Sturmes den Wagen, den die Täter bei ihrer Tat benutzten, steuerte. Er behauptete, dass er in Ellerhoop den Befehl für diese Tat bekommen habe und er in der Dunkelheit die Leute, die er nach Pinneberg fuhr, nicht mehr wiedererkennen könne. Auch den Führer des Trupps, der während der Fahrt am Steuer sass und ihm die Wege angab, will er nicht wiedererkennen. Die Aussagen dieses Zeugen blieben unvereidigt.

Als der Vertreter der Nebenkläger, der Produktion und eines verletzten Reichsbannermannes, Rechtsanwalt Dr. Magen-Altona, an den Zeugen einige Fragen richten will, erhebt sich der Hauptangeklagte Reichstagsabgeordneter und Standartenführer Moder und gibt den anderen angeklagten SS-Leuten den Befehl, während des ganzen Verlaufs des Prozesses auf alle Fragen eines jüdischen Rechtsanwaltes keine Antwort zu erteilen. Der Vorsitzende des Sondergerichts weist dieses ungebührliche Benehmen des Angeklagten zurück und macht darauf aufmerksam, dass die Angeklagten auf alle Fragen, die von dem Vertreter der Nebenkläger durch den Vorsitzenden gestellt werden, antworten müssen.

Von grossem Interesse sind die Aussagen des Reichswehrfeldwebels a.D. Kurt Baum, der als Angestellter einer Wach- und Schliessgesellschaft in der Nacht zum 1. August die Ausführung des Attentats auf das Haus des arbeitslosen Zimmerers und Reichsbannermannes Gehrtz in Glüsing bei Hohenwestedt beobachtete und auch die Täter später zur Anzeige brachte. Dieser Zeuge, der mit den Angeklagten früher gut befreundet war, beobachtete in der Nacht des Attentats die Ankunft eines Lieferwagens, in dem sich 6 bis 7 SS-Leute, die er persönlich kannte, befanden und die sich in Richtung nach dem Haus des Reichsbannermannes Gehrtz bewegten, wo auch später die Detonation erfolgte. Er berichtete auch von einem Gespräch, das er mit dem Angeklagten Bornhöft, der bei dem Anschlag beteiligt war, gehabt hat und in dem dieser die Tat gestand. Der SS-Mann Bornhöft, der flüchtig ist, habe ihm auch mitgeteilt, dass er den Befehl dazu von dem Führer des 1. Sturmes im ersten Sturmbann der 4. Standarte, Diplomlandwirt Drahtmann, der seinerseits wieder den Befehl vom Standartenführer Moder hatte, erhalten habe. Bornhöft habe ihm weiter erzählt, dass man durch die Attentate auf KPD-Lokale, auf Reichsbannerleute und Konsumvereinsläden die politischen Gegner zum Losschlagen reizen wolle, um dann die SS und SA gemeinsam mit der Reichswehr einsetzen zu können. Nach dem Attentate habe auf dem Hof des SS-Mannes Meier ein Appell stattgefunden, bei dem allen Beteiligten an dem Anschlag gesagt worden sei: wer etwas verrät, wird erschossen. Ihm, Baum, habe man dasselbe angedroht. Nach den polizeilichen Untersuchungen hätten sich die SS-Leute ihre Schuhe umarbeiten lassen, weil man mittels der Fusspuren die Attentäter ermitteln wollte. Einige Wochen später, als

in den Zeitungen behauptet worden sei, dass das Attentat in Glüsing von Kommunisten verübt worden wäre, habe er die ganze Sache zur Anzeige gebracht.

Die Verteidigung bemüht sich, die Glaubwürdigkeit dieses wichtigen Zeugen zu erschüttern, was ihr aber nicht gelingt. Ueber die Vertheidigung wird das Gericht noch entscheiden. Weiter wird der Kraftwagenführer Voss vernommen, der die SS-Leute, die das Attentat auf das Haus eines Arbeiters in Uetersen verübt haben, gefahren hatte. Er bezeichnet die SS-Leute Adler, Schröter, Dechow, Diehl als die Täter. Adler und Echow sind flüchtig. Nach der Tat sei ihm strengstens Stillschweigen anbefohlen worden. Drei weitere SS-Leute, auf denen ein Verdacht der Teilnahme an den Anschlägen ruht, verweigern bei ihrer Vernehmung die Aussage.

Der Landjäger Oberleutnant Schwiager bekundet noch, dass er in Ellerhoop im Hofe der Gastwirtschaft Pein, in dem die SS-Führerbesprechung vor Ausübung der Attentate stattfand, ein Paket mit Sprengkörpern gefunden habe, das mit dem Mantel des Sturmführers Grezesch umwickelt gewesen sei.

Der Sachverständige Polizeihauptmann Wenze-Hamburg erklärt, dass bei den Attentaten drei Arten von Handgranaten verwendet wurden und zwar mit Brennzünder 15, 16 und 18, die aus Heeresbeständen stammen. Der zweite Sachverständige berichtete über die furchtbaren Wirkungen, die die Explosionen in den von den Anschlägen betroffenen Häusern anrichteten.

SPD. Das Berliner Finanzblatt der Nazi-Geldgeber und der Börsenjobber des Dritten Reiches, die "Börsen-Zeitung", lässt es sich seit Monaten angelegen sein, die sozialdemokratische Presse und führende Sozialdemokraten als "Vaterlandsverräter" zu denunzieren. Es war diese "Berliner Börsen-Zeitung", die auf Grund ihres Schwindel- und Achtgroschenberichtes die Verhaftung des sozialdemokratischen Schriftstellers Robert Breuer und zweier anderen Republikaner veranlasste. Es ist dieses gleiche Blatt, das bereits mehrfach das Verbot sozialdemokratischer Provinzzeitungen forderte und, wenn es erfolgte, mit Hepp-hepp und Jubeltönen begleitet hat.

Was aber auf die ständigen Verleumdungen dieser Nazijournaille zu geben ist und wie es in der Fälscherwerkstätte dieser nationalen Burschen zugeht, beweist folgende Erklärung, die diese "Börsenzeitung" am 10. November 1932 an der Spitze ihrer Abendausgabe veröffentlichten musste:

"In der unter meiner Verantwortlichkeit erschienenen Nummer 264 der Berliner Börsen-Zeitung vom 8. Juni 1932 ist ein Artikel enthalten, der sich mit der Frage beschäftigt, aus welchen Quellen die deutschfeindliche Auslandspress Informationen erhalten. Ueber die Persönlichkeit des Gewährsmannes dieser Presse wurden Andeutungen gemacht, die, wie ich zugebe, sich auf den Reichstagsabgeordneten Dr. Breitscheid beziehen sollten, wenn er auch nicht mit Namen genannt war. Ich habe mittlerweile festgestellt, dass die Information, auf Grund deren ich Herrn Dr. Breitscheid verdächtigt habe, unrichtig gewesen ist, und stehe daher nicht an, die gegen Herrn Dr. Breitscheid erhobenen Vorwürfe mit Bedauern zurückzunehmen.

Dr. Jügler."

Die Stäupung im Falle Breitscheid ist deutlich und schmerzhaft. Aber ein Narr der deshalb annehmen wollte, dass die nationalen Verleumder sich für die Zukunft eines bessern besinnen und ihren Verdächtigungsfeldzug gegen die Sozialdemokratie einstellen würden.

SPD. Dortmund, 10. November (Eig. Dr.)

In der Nacht zum 10. November wurde in der Mariengasse der beim Oberbergamt beschäftigte Bergreferendar Lodde aus Bochum mit einem Kopfschuss lebensgefährlich verletzt aufgefunden. Sein Zustand ist hoffnungslos.

Lodde war mit mehreren Freunden von einer Zusammenkunft aufgebrochen, um in der Stadtmitte ein Kaffee aufzusuchen. Er ging in gehobener Stimmung der Gruppe voraus und verschwand ihr bald aus den Augen. Die Freunde hörten dann einen Schuss, sahen auch jemand am Boden liegen, brachten diese Tatsachen aber nicht mit Lodde in Verbindung und zogen weiter. Die Polizei fand den Schwerverletzten später. Als Täter kommen fünf Personen in Betracht, die auf der Flucht ein Liebespärchen beschossen, ohne jedoch jemand zu treffen. Der Regierungspräsident hat zur Ermittlung der noch unbekannten Täter 500 Mark Belohnung ausgesetzt.

SPD. Am Donnerstag-Abend trat der Reichsrat nach mehrmonatiger Pause wieder zu einer Vollsitzung zusammen. Presse und Öffentlichkeit waren ungewöhnlich stark vertreten. Für die Reichsregierung war Reichsinnenminister Freiherr von Gayl mit seinem Staatssekretär Dr. Zweigert und dem Ministerialdirektor Dr. Gottheiner erschienen, für Preussen waren die Ministerialdirektoren Dr. Brecht, Dr. Badt und Dr. Cossmann anwesend. Ministerialdirektor Dr. Brecht gab namens der Preussischen Staatsregierung folgende Erklärung ab:

"Seit mehr als drei Monaten hat der Reichsrat nicht tagen können, weil die Reichsregierung durch ein, wie nunmehr feststeht, mit der Reichsverfassung nicht im Einklang stehendes Vorgehen die preussische Staatsregierung an der Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten im Reichsrat verhindert hat. Es war der Wunsch der preussischen Staatsregierung, das Vergangene im Reichsrat still zu übergehen. Sie hat daher in eine Aufschiebung der ersten Vollsitzung des Reichsrats bis auf mehr als 2 Wochen nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofs gewilligt. Leider ist es in diesem langen Zeitraume trotz des grössten Entgegenkommens der preussischen Staatsregierung bis heute nicht gelungen, eine befriedigende Regelung herbeizuführen. Auf Wunsch von Persönlichkeiten aus der Mitte des Reichsrats, die sich um eine solche Regelung bemühen und die Hoffnung haben, dass sie bis Sonnabend zustande kommt, und im Interesse anderer letzter Versuche um eine Verständigung sieht die preussische Staatsregierung davon ab, die Sachlage heute genauer darzustellen. Sie begnügt sich mit folgenden Feststellungen:

Der Staatsgerichtshof hat den Vorwurf der Pflichtverletzung gegen das Land Preussen in vollem Umfange für unbegründet erklärt. Er hat die Anwendung des Artikels 48 Abs. 1 für unzulässig erklärt. Es gibt also keine Reichsexekution gegen Preussen.

Der Staatsgerichtshof hat ferner festgestellt, dass die auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 bestellten Reichskommissare niemals Landesregierung werden und auch niemals an die Stelle der Landesregierung treten können. Wenn Reichskommissare Zuständigkeiten übernehmen, so können sie dies nur in der Weise tun, dass sie der Landesregierung vorübergehend Zuständigkeiten entziehen und sie vorübergehend auf das Reich übertragen.

Die Reichsregierung führt diese grundsätzlichen Gesichtspunkte der Entscheidung des Staatsgerichtshofs nicht durch. Die Reichskommissare bezeichnen sich weiter als kommissarische "Landesregierung", also als Ersatz der Landesregierung. Sie erlassen unter der Dienstbezeichnung preussischer Minister und des Preussischen Staatsministeriums ihre Schreiben, Verfügungen und Verordnungen. Auch im übrigen versagen sie der Preussischen Staatsregierung die Wiedereinsetzung in ihre Ämter als Landesregierung noch immer im weitem Umfange.

Diese Lage berührt in einemsolchen Masse die Grundlagen der geltenden

Reichsverfassung, insbesondere der Rechtsstellung der Länder, dass sich die preussische Staatsregierung für verpflichtet hält, dem Reichsrat hiervon Kenntnis zu geben.

Die Reichsregierung hat ihre Massnahmen auch als Vorgriff auf die Reichsreform zu rechtfertigen versucht. Die Behandlung, die zur Zeit der preussischen Landesregierung zuteil wird, ist eine schlechte Vorbereitung auf eine autoritäre Reform. Auch ist Artikel 48 Abs. 2 nicht dazu da, die Reichsreform durchzuführen. Zum mindesten hätte also die Reichsregierung gleichzeitig den Entwurf eines Gesetzes über die Reichsreform dem Reichsrat auf dem verfassungsmässig vorgesehenen Wege zur Ordnungsmässigen Beschlussfassung vorlegen müssen. Die Reichsregierung hat aber mehr als drei Monate fruchtlos verstreichen lassen, ohne dies zu tun. Auf diese Weise wird eine günstige Erledigung des grossen Werkes nicht gefördert, sondern im Gegenteil schwer gefährdet.

Die preussische Staatsregierung hat nicht nur die Rechte der gegenwärtigen, sondern auch künftige preussischer Staatsregierungen zu wahren. Sie richtet als Mitglied des Reichsrats von dieser Stelle aus nochmals an die Reichsregierung die dringende Forderung, die unberechtigten Sondermassnahmen in Preussen aufzuheben, mindestens aber die Entscheidung des Staatsgerichtshofes in loyaler Weise durchzuführen und die Staatsautorität, die nicht nur in der Reichsregierung, sondern auch in den Landesregierungen verkörpert ist, selbst vorbildlich zu achten."

Reichsinnenminister Freiherr v. Gayl: Die ganze Angelegenheit gehört nach Auffassung der Reichsregierung nicht vor das Forum des Reichsrats, nachdem das Urteil des Staatsgerichtshofs ergangen ist, sondern bleibt, wie schon das Urteil festgestellt hat, Sache der Vereinbarung zwischen den Beteiligten, nämlich dem preussischen Staatsministerium und dem Reichskommissar für Preussen. Der Reichskanzler hat in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für Preussen in Gegenwart des Reichspräsidenten bereits gelegentlich seiner Aussprache mit dem preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun die loyale Durchführung des Urteils des Staatsgerichtshofs zugesagt. Die Verhandlungen über die Einzelheiten, die bereits seit längerer Zeit gepflogen worden sind, werden demnächst in einer neuerlichen Verhandlung, die der Reichskommissar inzwischen angeregt hat, hoffentlich einen befriedigenden Abschluss finden.

Anschliessend gaben die Vertreter von Bayern, Württemberg, Sachsen, Hessen und Hamburg Erklärungen ab, die alle als Unterstützung des preussischen Standpunktes zu werten sind.

SPD. Stockholm, 10. Nov. (Eig. Drahtb.)

Die schwedische Akademie hat am Donnerstag beschlossen, den Nobelpreis für Literatur für das Jahr 1932 dem englischen Romanschriftsteller John Galsworthy zu verleihen. Das Nobelpreis-Komitee der Akademie der Wissenschaften, das die Preise für Chemie und Physik zu verteilen hat, tritt erst am Donnerstag-Abend zur entscheidenden Sitzung zusammen.

SPD. Der Vorsitzende der Papen-Barone hat dem preussischen Ministerpräsidenten am Donnerstag schriftlich mitgeteilt, dass er zu Besprechungen über die Ausführung des Leipziger Urteils zur Verfügung stehe. Ministerpräsident Braun hat auf diesen Brief erwidert, dass er sich zu der vorgesehenen Besprechung bereit halte und nunmehr eine Vereinbarung über den Termin erwarte.

SPD. Braunschweig, 10. Nov. (Eig. Drahtb.)

Im Freistaat Braunschweig hat die Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl eintausend Stimmen gewonnen, während die Nazis 20 000 verloren haben. Die Ursache dieses "Erfolges" einer "nationalen Regierung;" versuchen sich die Regierungsteilhaber gegenseitig in die Schuhe zuschieben. Das geschieht in einer Art, wie sie höchstens in einem Balkanstaat üblich ist und die Eneuerer Deutschlands im bengalischen Licht erstrahlen lässt. In diesem, im Harzburger Regierungslager ausgebrochenen Krieg, duftet es so lieblich, dass die Bevölkerung beginnt, die Nase zuzuhalten.

Die nationale Presse ist angefüllt mit Erklärungen und Gegenerklärungen in denen sich die Führer der Regierungsparteien gegenseitig des Betrugs, Bruch des Ehrenwortes und des Meineides beschuldigen. Ein von den Deutschnationalen zur Nazi-Partei hinübergewechselter Abgeordneter Schmidt erklärt: der Vorsitzende der Hugenbergischen Landtagsfraktion, Professor Dr. Roloff habe anonyme Artikel gegen einen anderen deutschnationalen Landtagsabgeordneten geschrieben. Der Nazi-Präsident des Landtages springt helfend bei und schreibt, die Hugenberger "schwärmen nur für Geld" und ihre Führer "verquicken egoistische Privatinteressen mit Politik". Umgekehrt bezeugen die Deutschnationalen gleiches von den Nazi-Abgeordneten, die eine "Vettern- und Intriguenwirtschaft" in Braunschweig eingerichtet hätten.

Jeder Tag bringt ähnliche und schlimmere gegenseitige Beschuldigungen und Erklärungen, woraus die Bevölkerung ersieht, wie es in einem marxisten-reinen, nationalen Lande zugeht und wie die Reiniger und Erretter hausen und wirtschaften. Der wahre Grund des nationalen Krieges ist natürlich der Streit und die Jagd nach Posten und Ämtern, denn es sind in beiden feindlichen Lagern zehnmal soviel Futterkrippenjäger vorhanden, als das kleine arme Braunschweig zu verzeihen hat.

SPD. Die Sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages besprach am Donnerstag in Gegenwart des Ministerpräsidenten Dr. Braun und der anderen sozialdemokratischen Minister das Urteil des Staatsgerichtshofes in Leipzig vom 25. Oktober. Die Fraktion gelobte ihren Ministern weiter treue Gefolgschaft sie verurteilte aufs schärfste, dass die kommissarische Regierung sich über Wortlaut und Geist der Entscheidung des Staatsgerichtshofes hinweggesetzt, die Minister nicht wieder ins Amt eingesetzt und der allein rechtmässigen preussischen Regierung jede Einwirkung auf die Verwaltungsgeschäfte des Landes verweigert hat. Die Fraktion wird die sofortige Einberufung des Landtages fordern, um die gewalttätige Reaktionspolitik der Papenregierung anzuklagen. Sie wird ausserdem die Einsetzung zweier Ausschüsse zur Untersuchung der Vorgeschichte des 20. Juli und zur Nachprüfung der Papenschen Personalpolitik beantragen.

SPD. Paris, 10. November (Eig. Drahtb.)

Unterstaatssekretär Patenôtre, Vizepräsident der deutsch-französischen Wirtschaftskommission, ist am Donnerstag-Nachmittag mit den französischen Mitgliedern des vierten Unterausschusses, der sich mit grossen öffentlichen Arbeiten im Ausland beschäftigt, nach Berlin abgereist, wo eine Sitzung dieses Ausschusses stattfindet. Als Vertreter der französischen Gewerkschaften nimmt Chevalme vom Metallarbeiterverband an den Verhandlungen teil. Vor seiner Abreise hatte Unterstaatssekretär Patenôtre eine längere Unterredung mit Herriot.

SPD. Breslau, 10. November (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag wurden im Reichenbacher Attentatsprozess drei Feuerwerker und ein Hauptmann Kluge von der Festungskommandantur Breslau als Sachverständige gehört. Sie sollten die Frage klären, ob die zu der Bombe des Mörders verwandte Artilleriekartusche 10,5 als Sprengkörper im Sinne des Sprengstoffgesetzes zu betrachten ist. Die Aussagen der Sachverständigen hatten nicht das Ergebnis, das der Hauptverteidiger Luetgebrune erhofft haben mochte. Hauptmann Kluge betonte, dass unter besonderen Umständen auch mit einer Kartusche, wie sie in Reichenbach verwandt worden sei, eine starke Sprengwirkung erzielt werden könne.

Oberstaatsanwalt Dr. Hentschel erklärte nochmals, er müsse seine Strafanträge in vollem Umfange aufrecht erhalten. Dass die Bombe von Reichenbach kein harmloser Knallfrosch gewesen sein könne, beweise allein schon die von ihr herbeigeführte tödliche Wirkung. Der ganze Apparat, den man zur Vorbereitung des Anschlages in Gang gesetzt habe, lasse darauf schliessen, dass mehr geplant gewesen sei als grober Unfug.

Vor Abschluss der Verhandlung leistete sich der Angeklagte Heines eine neue Dreistigkeit. Er meinte, der Schuldige an dem Attentat gegen Paeschke sei eigentlich der Staat, der die armen Hakenkreuzler jahrelang verfolgt und den Terror gegen die Nazis nicht energisch genug unterbunden habe. Die Marxisten gehörten auf die Anklagebank, nicht die SA-Leute. Der Vorsitzende wies diese unverschämten Ausfälle des schlesischen Nazimordorganisators scharf zurück.

Die Urteilsverkündung erfolgt Freitag vormittag 10 Uhr.

SPD. Paris, 10. November (Eig. Drahtb.)

Die Regierung hat am Donnerstag in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, der für die Finanzjahre 1933 und 1934 öffentliche Arbeiten in Höhe von über sieben Milliarden Francs vorsieht. In dem Gesetzentwurf sind auch einige laufende Arbeiten eingestellt worden, die eigentlich in das ordentliche Staatsbudget gehören. Mit diesem Kunstgriff wird das Budget des nächsten Jahres um $1\frac{3}{4}$ Milliarden Francs entlastet. Die Gelder für die Arbeiten sollen durch Ausgabe von Obligationen aufgebracht werden. Für das nächste Jahr sieht der Gesetzentwurf die Ausgabe von 3,4 Milliarden Francs Obligationen vor.

SPD. Amsterdam, 10. Nov. (Eig. Drahtb.)

In der Nähe des holländischen Grenzdorfes Swalmen wurde auf deutscher Seite der in Venlo wohnhafte Deutsche August Kraft wegen Waffenschmuggels auf frischer Tat verhaftet. Man fand fünf Revolver und eine grosse Anzahl Patronen in seinem Besitz. Fast zu gleicher Zeit wurden bei Venlo in einer Grube mehrere Revolver und etwa 2000 Patronen ausgegraben. Auch in Vlodrop wurden Waffen beschlagnahmt. Die Richtigkeit der Behauptung, dass sich in Limburg zahlreiche verborgene Waffenlager befanden, ist damit erwiesen.

SPD. Paris, 10. November (Eig. Drahtb.)

In der Donnerstag-Nachmittagssitzung der Kammer interpellierte der sozialistische Abgeordnete Albertin, nachdem die Kammer fast einstimmig gegen den Wunsch des Finanzministers die sofortige Beratung beschlossen hatte, die Regierung über die neue Steuerbetrugsaffäre. Albertin beschwerte sich darüber, dass die verantwortlichen Leiter der Basler Handelsbank noch nicht verhaftet

worden sind. Er erklärte, der Steuerbetrug, der durch die Vermittlung ausländischer Banken begangen werde, erreiche die Summe von etwa vier Milliarden Francs jährlich. Es handele sich nicht nur um die Steuer auf Wertpapiere, sondern auch um die Erbschaftssteuer, die dadurch hintergangen werde, dass Familienkonten zugelassen seien, sodass beim Tode eines Familienmitgliedes keine Steuer entrichtet werde. Albertin verlangte von der Regierung sofortige Massnahmen zur wirksamen Verhinderung des Steuerbetrugs und die Bekanntgabe sämtlicher Personen, die Kunden bei der Basler Handelsbank waren.

Im Namen der Regierung antwortete Finanzminister Germain Martin auf die Erklärungen des Interpellanten. Die Sitzung dauert an.

SPD. Genf, 10. November (Eig. Drahtb.)

Die Völkerbundsstadt Genf ist am Mittwoch-Abend von einer blutigen Tragödie erschüttert worden, wie sie seit dem Baseler Kommunistenkrawall nicht mehr in der Schweiz erlebt worden ist. Zwölf Personen wurden bei den blutigen Zusammenstössen getötet, 65 verletzt.

Um die Ursachen zu verstehen, muss man die Erregung der Genfer Arbeiterschaft und der Kleinbürger kennen, die durch eine ungeheure Korruption in der von Familienklippen geführten Genfer Verwaltung schwer geschädigt worden sind. Im Verlauf der letzten beiden Jahre waren zahlreiche grosse Unterschleifen aufgedeckt worden, bei denen sich die Günstlinge der Bankiers und reichen Bürgersfamilien auf Kosten des Kantons und der Stadt die Taschen gefüllt hatten. Dann brach die Banque de Genève zusammen, wobei sich herausstellte, dass fast sämtliche Aufsichtsräte grosse "redite" verspekuliert hatten, an ihrer Spitze der damalige Präsident der Kantonalverwaltung, Moriaud. Die Sozialistenführer Dicker und Nicole, beide Nationalräte, führten einen heftigen Agitationkampf gegen die korrupte Verwaltung, was der Sozialdemokratie bei den letzten Nationalratswahlen ein Mandat mehr einbrachte. Indessen war ihre meist persönliche Kampfesweise nicht immer sehr glücklich. Nicole, als Chefredakteur des Genfer Sozialistenblattes "Le Travail", wurde in verschiedenen Verleumdungsprozessen von der Genfer Klassenjustiz zu hohen Geldstrafen verurteilt, während die Hauptschuldigen an den Korruptionsskandalen nach Moriauds Tod ohne Strafe ausgingen. Eine ungeheure Hetze gegen Nicole und Dicker wurde von der faschistenfreundlichen und der Bankierspresse betrieben. Auf Mittwoch-Abend hatte die berüchtigte faschistische "Union nationale" zu einer Versammlung aufgerufen, in der sie durch öffentliche Anklage aus der Hetze gegen die radikalen Sozialistenführer Dicker und Nicole für ihre bisherige politisch einflusslose Clique politische Geschäfte machen wollte. Die Vertreter der Sozialdemokratie im Stadtparlament verlangten ein Verbot dieser Versammlung, das von der Regierung mit dem Hinweis auf das Versammlungsrecht abgelehnt wurde. Darauf organisierte Nicole eine Gegendemonstration auf der grossen Strasse nach Carouge, in der das Versammlungslokal liegt. Schon am Dienstag hatte sich die Kantonalregierung in Genf von der Bundesregierung in Bern Truppen ausgebeten.

Am Mittwoch-Nachmittag rückten 650 Mann der seit sechs Wochen in Lausanne eingezogenen Rekrutenschule in die Genfer Kasernen, die nahe dem Versammlungslokal liegen. Am Abend fanden die Demonstranten sämtliche Zugangsstrassen zum Versammlungslokal von Polizisten besetzt und mit Ketten abgesperrt. Nicole hielt eine Rede von den Schultern mehrerer Parteifreunde, in der er nochmals die Korruption Revue passieren liess und zum Halten der Strasse gegen die nationalistischen Hetzer aufforderte. Ein Kommunist forderte zur öffentlichen Revolution auf. Aber ausser einigen Versuchen, die Polizisten hinter den Absperrketten zurückzudrängen, geschah nichts Gewalttätiges. Die Arbeiter machten ihrer Erregung lediglich in Ausrufen Luft. Die Demonstranten zogen

im Gegenteil weiter vom Saal weg, während eine ungeheure Menge Neugieriger in die schmale Zugangsstrasse zum grössten Platz Genfs von der Carouge-Strasse abgedrängt wurde. Trotzdem liess der Chef der Genfer Polizei und Vorsitzende der Kantonalregierung, Martin, die Truppen alarmieren. Deren erste Abteilung wurde von der Menge angegriffen. Es wurden den Soldaten teilweise die Stahlhelme und Waffen entrissen. Die Gewehre wurden zum Teil zerbrochen. Die jungen Milizrekruten sympathisierten zum Teil mit der Bevölkerung, da sie offenbar garnicht wussten, wie sie sich zu verhalten hatten.

Der zweite Hilferuf brachte dann eine stärkere Truppenmasse vor die grosse Ausstellungshalle, von der die Zugangsstrassen zum Route de Carouge geht, deren Räumung das erste Truppenkontingent vergeblich versucht hatte. Etwa 50 von den 80 Soldaten, die in der Menge steckten, konnten sich zu ihren Kameraden vor der Ausstellungshalle zurückziehen. Von dort wurde sofort mit einem leichten tragbaren Maschinengewehr eine Salve quer über die Menge abgegeben ohne jede Ankündigung, sowie etwa 100 Schuss aus Infanteriegewehren. Die Menge war völlig überrascht und glaubte zuerst, es handele sich um Feuer mit Platzpatronen. Als aber die Schreckenskunde sich verbreitete, dass Tote und Verwundete das Pflaster bedeckten, zogen die Massen in alle Richtungen ab. Zwei Tote blieben sofort auf dem Platz. Die Verwundeten wurden in benachbarte Cafés transportiert und bald darauf in das nahe Kantonshospital, wo im Laufe der Nacht und des Mittwoch-Vormittag zehn Opfer ihren schweren Verletzungen erlagen.

Die Erklärungen Mottas, der am Mittwoch in Genf weilte und als Bundespräsident das Vorgehen des Militärs deckte, sowie die kraftstrotzenden Proklamationen der Genfer Regierung, nehmen jeden Zweifel darüber, dass man in Genf ein Exempel gegen die Arbeiter statuieren wollte. Die Soldaten kümmerten sich nicht um die Opfer, die von Arbeitern abtransportiert wurden. Im Verlauf der Nacht trat die Genfer Kantonalregierung zusammen und erliess sofort einen Aufruf, der der Verhängung des Belagerungszustandes gleichkommt. Sämtliche Versammlungen sind verboten, auch jede Ansammlung von Menschen auf den Strassen wird strengstens bestraft. Das Militär von Lausanne bleibt in Genf. Die Genfer Bataillone sind in Alarmzustand versetzt, d.h. sie bleiben nach den Vorschriften des Milizsystems in ihren Wohnungen und müssen sich auf Alarm hin sofort in Ausrüstung und Waffen an die Sammelplätze begeben.

Die Sozialdemokratische Partei hat noch in der Nacht zum Donnerstag ihre beiden Führer Grimm und Reinhardt nach Genf entsandt, die sich nach einer zweistündigen Konferenz mit den Genfer Führern solidarisch erklärten. Ein Aufruf an die gesamte Sozialdemokratie der Schweiz ist vom Parteivorstand im Laufe des Donnerstag erlassen worden. Er verurteilt aufs schärfste den Genfer Arbeitermord und sieht Demonstrationen in der ganzen Schweiz gegen dieses grausige Verhalten der Reaktion in Genf vor. Das Zentralkomitee der Sozialistischen Partei des Kantons Genf hat am Donnerstag abend beschlossen, am Sonnabend einen allgemeinen Trauer- und Beerdigungstag für die Opfer abzuhalten, bei dem man mit einer ungeheuren Massenbeteiligung rechnet. Die Auszuführung des Generalstreiks wurde vermieden, da man weiteres Blutvergiessen und vergebliche Opfer verhindern wollte. Von den Toten ist einer Anarchist, einer Kommunist und einer Sozialdemokrat. Die übrigen Toten und Verwundeten sind sämtlich Neugierige.

Am Donnerstag-Vormittag wurde der sozialdemokratische Nationalrat Nicole verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert, wo er einem ersten Verhör unterzogen wurde. Er ist angeklagt, der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit sowie der Aufforderung zum Aufruhr.

SPD. Breslau, 10. November (orig. Drahtb.)

Am Donnerstag kam es in der Universität Breslau zu schweren Studenten-
krawallen in und ausserhalb der Lehrräume.

Die Ursache war die von der juristischen Fakultät veranlasste Berufung
des Rechtswissenschaftlers Professor Dr. Ernst Cohn. Obwohl er politisch
auf dem Boden der "nationalen Parteien" steht, beschlossen seine studentischen
Gesinnungsfreunde die Vorlesungen Cohns mit Gewalt zu stören. Am Donnerstag
erfolgte der wohl vorbereitete Angriff als der jüdische Rechtslehrer
seine Vorlesung beginnen wollte. Der Radau und die Beschimpfungen waren so
stark, dass Cohn flüchten musste. Erst mit Hilfe der Polizei konnte die Ruhe
wiederhergestellt werden, Dieses beschämende Schauspiel wiederholte sich eine
Stunde später. Diesmal musste die Polizei sogar Verstärkungen heranziehen.
Auf der Strasse griffen die Studenten die Polizei an, und als Cohn später
das Universitätsgebäude verliess, wurde er geschlagen. Die Polizei musste
ihn schützen und nach Hause bringen. Auch die SA beteiligte sich aktiv an den
Zusammenstössen. Rektor, Senat und Fakultät habensich in einer gemeinsamen
Erklärung hinter Cohn und gegen seine Angreifer gestellt.

+ + +
In Berlin werden streikende Arbeiter, weil sie sich an einer Ansammlung
beteiligt oder einen Stein geworfen haben, zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt
Die Nazistudenten aber können Radau machen auf Kosten des Staates, der die
Universitäten unterhält und jährlich auf jeden Studierenden einige Tausend
Mark Unkosten drauflegt.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Glossen

E R S C H E I N T N A C H B E D A R F

Vom kommenden Krieg.

SPD. Vor dem Weltkrieg diente eine umfangreiche Sensationsliteratur der geistigen Aufrüstung. Sie enthielt phantasievolle Darstellungen vom kommenden Krieg, Schlachtenbilder zu Lande und zur See im Bilderbogenstil, Aufpeitschung der nationalistischen und blutigen Instinkte. Die geistige Vorbereitung des Krieges hat ihre Wirkung getan - die Wirklichkeit war viel entsetzlicher und blutiger als die krieglüsterne Literatur es hatte ahnen lassen.

Diese Sorte von Literatur tritt jetzt wieder hervor, Sie vergiftet die Seelen der heranwachsenden Jugend wie die Beziehungen der Völker. Vor der Wahl vom 31. Juli hat in Ostpreussen das sogenannte Nitrambuch "Achtung, hier Ostmarkenrundfunk" eine gewaltige Rolle gespielt. Dies Buch ging aus von der Annahme eines polnischen Angriffskrieges auf Ostpreussen. Es erzeugte geradezu Kriegspanik. Viele Leute in Ostpreussen glaubten, sie könnten jeden Augenblick überfallen werden... Das Buch ist damals zu einem Motor für den nationalsozialistischen Aufschwung geworden, Inzwischen ist der Eindruck des Buches abgeklungen und die Panik in Ostpreussen, die durch das Buch erzeugt worden ist, zurückgegangen.

Jetzt aber kommt die Antwort von jenseits der Grenze! Ein gewisser Sujkowski hat in Polen ein Buch erscheinen lassen, "Vielleicht schon morgen". Es ist das bewusste Gegenstück zum Buch von Nitram. Es schildert einen deutschen Angriffskrieg gegen Polen, dem gewaltige deutsche Rüstungen vorangegangen sind. Das Buch von Nitram hat in Deutschland Kriegspanik erzeugt, in Polen ist es zu Agitation gegen Deutschland ausgenutzt worden. Das Buch von Sujkowski wieder erzeugt Kriegspanik in Polen - und die Hugenbergpresse in Deutschland benutzt es zu antipolnischer Agitation.

So arbeiten sich die geistigen Kriegshetzer diesseits und jenseits der Grenze in die Hände, so wird Völkerhass statt Völkerverständigung gezüchtet, neuer Kriegswahn künstlich und systematisch erzeugt, bis eines Tages wieder die Gewehre von selber losgehen!

Wir müssen wachsam sein! Wir müssen nicht nur den Kriegshetzern in der Politik, sondern auch den Kriegshetzern in der Literatur mutig entgegen-treten!

Freiheitskämpfer!

Die deutschnationalen "Hamburger Nachrichten", ein Organ des Kabinetts der Barone und der ostelbischen Junkerreaktion, der Feindschaft gegen die demokratischen Rechte des Volkes, veröffentlichen ein Bild von Robert Blum mit der Unterschrift:

"Am 10. November jährt sich zum 125. Male der Geburtstag des Freiheitskämpfers von 1848 Robert Blum, der nach den Barrikadenkämpfen in Wien am 9. November 1848 in Brigittenau erschossen wurde."

Freiheitskämpfer! Wie kommt das Wort in das Organ der schwärzesten Reaktion? Robert Blum war ein feuriger, aufrechter Demokrat, demokratisches Mitglied der deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche in Frankfurt, war ein revolutionärer Kämpfer für die Freiheit des Volkes, gegen die Barone - die Deutschnationalen aber sind die Nachfahren der Henker von Robert Blum! Sie sind die Vertreter des Kabinetts der Barone, die nichts zu tun haben mit der Freiheit des Volkes, nichts mit allen Freiheitsstürmen, die die Geschichte des deutschen Volkes kennt!

Die Die Deutschnationalen haben ihre Partei in der grossen Auseinandersetzung gewählt. Sie wollen Henker der Freiheit sein, und darum steht es ihnen schlecht an, Robert Blum einen Freiheitskämpfer zu nennen. Er war ein Freiheitskämpfer! Wenn die Partei der Henker ihm das zugesteht, so zeigt sie sich selbst in der Rolle der Partei der Knechtschaft, in der verräterischen Rolle gegen die Freiheit des Volkes!

Wilhelms Filialen.

Neun nationalistische Verbände haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft für die monarchische Bewegung und für Wilhelm von Doorn zusammengeschlossen. Es sind folgende Verbände :

"Hauptverein der Konservativen, Bund der Aufrechten, Preussenbund, Deutschbanner Schwarzweissrot, Verband nationalgesinnter Soldaten, Grossdeutscher Baltikumverband, Nationalverband deutscher Kadetten, Bund zur Pflege des Hohenzollerngedankens, Nationalverband deutscher Offiziere."

Diese Organisationen setzen ihre Hoffnungen auf das Kabinett der Barone, von dem sie einen Anfang zur Zerschlagung der Weimarer Verfassung erwarten. Ist die Verfassung erst einmal in Fluss gekommen, so wollen sie mit ihrem Wilhelm hervortreten. Die Herren haben wieder einmal den Anschluss verpasst! Ihre Chancen waren vor vier Wochen grösser, als sie heute sind. Und kein Brief und kein Geschwätz des Exkronprinzen, keine Agitationsarbeit seiner Frau wird es dahin bringen, dass einst, gestützt auf den Nationalverband deutscher Kadetten, Wilhelm, der Landflüchtige, wieder das deutsche Volk beherrscht!

Das SA-Christentum.

Herr Röhm hat Herrn Münchmeyer zum Chef der Kompanie der Himmelskutscher ernannt. Herr Röhm und Herr Münchmeyer sind zwar in ihrem persönlichen Leben und Neigungen Gegensätze, aber immerhin besteht zwischen ihnen als Bindeglied das SA-Christentum, flankiert auf der einen Seite von Herrn Röhm, auf der anderen Seite von Herrn Münchmeyer. In diesem Zeichen hat Herr Röhm den folgenden Befehl erlassen:

"Bei den Gruppenkommandos sind ab sofort je ein SA-Geistlicher einzustellen. Die Herren Pfarrer müssen Pg. sein und stehen im Range eines Sturmabführers z.b.V. Bestätigung bzw. Bestallungsurkunde nur durch die oberste SA-Führung direkt, bei den Feldgottesdiensten der SA., die möglichst mit Fahnen einweihungen zu verbinden sind, sprechen ab 15. Oktober 1932 nur die SA-Geistlichen. Der Pg-Pfarrer Münchmeyer M.d.R., wird als Spezialreferent für die Geistlichen in der SA ab sofort in die oberste SA-Führung berufen."

Die Herren SA-Pfarrer sind ganz besondere Christen! Der Standartenpfarrer Fuchs aus Dittmannsdorf, eine besondere Zierde der Röhmischen Kompanie der Himmelskutscher, hat eben erst im Schweidnitzer Prozess seine Rolle als Begünstiger von Bombenattentaten bescheinigt erhalten! Ihr Christentum ist ein Bomben- und Mordchristentum!

Für diese Röhmische Kompanie der Himmelskutscher wird Herr Münchmeyer als Spezialreferent eingesetzt. Er wird sie aufklären, falls sie die ganz besondere Art des SA-Christentums noch nicht begriffen haben sollten. Vielleicht erteilt er Interessenten auch Unterricht im Trösten kranker Mädchen und im Handauflegen auf interessante Körpergegenden.

Der Herr von Papen predigt den Kreuzzug des Christentums gegen den kultur bolschewistischen Atheismus. Er erblickt in den Nationalsozialisten die Bundesgenossen "gegen den gottesleugnerischen Bolschewismus, der den Tod unserer jäh tausende alten Kultur bedeutet, gegen die Lehre der falschen Propheten, die mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden müssen." Der Kreuzzug des Herrn von Papen hat die besten Aussichten. Wenn erst die Herren Röhm und Münchmeyer sich der Sache mit SA-Befehlen annehmen, dann kann es nicht fehlen!



Der Gelehrtenschreibtisch.

Was gibt es Neues in der Wissenschaft?

SPD. Im Kopenhagener Pinsen-Institut, der berühmten Forschungsstätte für die Heilwirkung von Strahlen aller Art, erprobte man die sogenannten Grenzstrahlen, nach ihrem Entdecker auch Bucky-Strahlen genannt, an etwa 700 Kranken, um über ihren zuweilen angezweifelte Heilwert ein möglichst sicheres Urteil zu gewinnen. Grenzstrahlen sind "weiche" Röntgenstrahlen; sie haben eine grössere Wellenlänge als alle im Heilwesen sonst benutzten Lichtstrahlen. Ihre wichtige Besonderheit ist, dass sie nur auf die oberflächlichen Hautschichten wirken und umso weniger tief dringen, in je geringerer Dosis sie angewandt werden. Die schwächste Dosis wirkt nur auf die Oberhaut, eine bedeutungsvolle, kaum einer anderen Strahlenart eigentümliche Eigenschaft. Erhöht man die Dosis, so dringen die Strahlen zu tieferen Hautschichten. Auf diese Weise kann der Arzt zielen, welche Hautschicht er behandeln will. Ausschlag, Schuppenflechte, Lupus und andere Hauterkrankungen wurzeln in verschiedenen, durch richtig abgestimmte Grenzstrahlen-Behandlung zu erreichenden Hautschichten.

Wenn auch nur verhältnismässig wenige Menschen sich heute den Genuss von Forellen leisten können, so hat der Lebendversand dieses Edelfisches doch eine nicht zu unterschätzende wirtschaftliche Bedeutung. Was die Preussische Lehr- und Versuchsanstalt für Forellenzucht in Albaum (Westfalen) hierüber feststellte, ist umso beachtlicher, als die Grundsätze der Lebendbeförderung, die für Forellen gelten, auch auf andere Fische übertragen werden können. Um die Fische lebend von einem Ort an den anderen zu schaffen, führte man den Wasserbehältern, die mit ihrer schwimmenden Last in die Eisenbahnwagen gestellt wurden, Sauerstoff zu, ein zweckmässiges, aber ziemlich kostspieliges Verfahren. Neuerdings ging man dazu über, im Wasser dadurch Sauerstoff zu erzeugen, dass man dem Lebenselement der Fische Wasserstoffsuperoxyd zusetzte, von dem sich Sauerstoff abspaltete. Hierbei ist darauf zu achten, dass der Wasserstoffsuperoxyd-Zusatz nur gering ist, weil er den Fischen sonst schädlich wird. Da die Praxis zu keinem einhelligen Urteil über das Verfahren gelangte, wurde eben jene Versuchsanstalt veranlasst, die Angelegenheit wissenschaftlich zu erforschen. Als Ergebnis wurde festgestellt: Auf kurze Strecken lassen die Forellen sich zweifellos lebend befördern, wenn das Transportwasser mit Wasserstoffsuperoxyd angereichert ist. Nur muss verhütet werden, dass zuviel Sauerstoff sich entwickelt und dass etwa grosse Schwankungen in dem Sauerstoffgehalt auftreten.

Wenn die Milch den Kindern einmal nicht schmeckt, erklärt manche Mutter: "Das liegt daran, dass die Kühe jetzt nicht mehr im Stall gefüttert werden, sondern auf die Weide gehen." Ein solcher Uebergang findet naturgemäss im Frühjahr statt. Welchen Einfluss auf die Milchbeschaffenheit hat er? In der Preussischen Versuchs- und Versuchsanstalt für Tierzucht in Tschechnitz (Schlesien) wurden 35 Kühe unter Ausschaltung aller erdenklichen Fehlerquellen einige Zeit zuerst im Stall und dann auf der Weide gefüttert und die hierbei auftretenden wechselnden Milchleistungen sorgfältig untersucht. Man mass

und analysierte die Milch im April, als die Tiere noch Stallfutter frassen, und dann von Anfang Mai bis Juni, als sie sich von Weidefutter nährten. Alle Kühe lieferten weniger Milch, sobald sie aus dem Stall ins Freie kamen. Bei einem Tier betrug der Rückgang des Milchertrages volle 59 % der Anfangsleistung. Zugleich wurde die Milch aber, wenigstens für einige Zeit, erheblich fettreicher. Jedenfalls schwankte der Milchertrag in der Uebergangszeit erheblich. Die Untersuchungsstelle schlägt vor, während der letzten Wochen der Stallfütterung eine "Uebergangsfütterung" einzulegen, während der das Tier sich auf das zu erwartende Grünfutter vorbereitet. Da der Nährstoffgehalt der Weidenahrung wechselt, ist übrigens auch bei ihrer Anwendung einige Ungleichheit der Milcherzeugung nicht zu vermeiden.

+
Der Flieger wird unfähig, seine Glieder zu bewegen, sobald er in jene Höhe kommt, in der das Barometer nur 300 mm Quecksilber anzeigt. Schon vorher fällt das Arbeiten ihm immer schwerer, je höher er steigt. Was ist die Ursache? Fehlt dem fliegenden Menschen der Sauerstoff, dessen Menge mit der Höhe abnimmt, oder ist der verringerte Luftdruck dem auf einen tieferen Luftdruck eingestellten Organismus unzuträglich? Im Physiologischen Institut der Universität Cambridge suchte man die Frage zu klären, indem man die Versuchsperson in eine "pneumatische Kammer", das ist einen Raum brachte, dessen Luftdruck nach Belieben gesenkt oder erhöht werden kann. Beeinträchtigt der verringerte Luftdruck die Arbeitsfähigkeit, so muss diese auch dann geschädigt werden, wenn die Versuchsperson zwar einem genügenden Sauerstoffverbrauch überlassen, aber einem übermässig dünnen Gasdruck ausgesetzt ist. Die Versuchskammer wurde mit Sauerstoff von 240 und 170 mm Quecksilberdruck angefüllt. Da es reiner Sauerstoff war, konnte der Mensch bequem darin atmen. Nur war der Gasdruck weit unter dem, der den emporsteigenden Menschen arbeitsunfähig macht. Wie erging es der Versuchsperson? Sie atmete und arbeitete ohne Behinderung - ein Beweis, dass nur der Sauerstoffmangel den Menschen in grösserer Höhe ohnmächtig macht.

S.J.-y.

+ + +
Zusammengebrochene Hetze. Die Staatsanwaltschaft I Berlin hat das Ermittlungsverfahren gegen den BVG.=Direktor Brolat, der sich angeblich der Begünstigung der Sklareks schuldig gemacht haben soll, "aus rechtlichen Erwägungen" eingestellt.

+ + +
Bahnunglück. Auf dem Bahnhof Saasen bei Giessen stiess ein von Fulda kommender Personenzug mit einem Güterzug zusammen. Fünf Personenwagen entgleisten, 16 Reisende wurden verletzt.

+ + +
Biss in die Stirn! In dem bayrischen Orte Kemmnath hat ein Automechaniker einen Streitgegner in die Stirn gebissen und erheblich verletzt. Der bissige Mechaniker wurde festgenommen.

+ + +
Dienstliches Pech... In einem Dorf in der Nähe von Klausenburg (Siebenbürgen) wurde ein Steuerbeamter regelrecht - gepfändet: die Bauern, die wegen ihrer Steuerrückstände belangt werden sollten, rissen ihm die Kleider vom Leibe, beklebten ihn mit seinen eigenen Pfändungsmarken und verjagten ihn...

+ + +
25 Sturmpfer! Bei einer schweren Wirbelsturmkatastrophe in der kubanischen Provinz Santa Clara wurden 25 Personen tödlich, mehrere hundert lebensgefährlich verletzt. Ausserdem entstand beträchtlicher Sachschaden.

+ + +

Mord. In der Nähe des Leipziger Lunaparks wurde ein 33 Jahre alter Autovertreter ermordet aufgefunden. Unter dem Verdacht der Täterschaft ist ein Kraftwagenführer aus Bendorf (Altenburg) verhaftet worden. Allem Anschein nach hat sich die Bluttat abgespielt, nachdem über den Kaufpreis eines Lieferautos ein heftiger Streit entstanden war. Die näheren Umstände bedürfen noch der Aufklärung.

Neun Kinder verbrannt! Bei einem Grossfeuer in der schweizerischen Privaterziehungsanstalt Bühl bei Wädenswil am Züricher See kamen neun Kinder ums Leben. Der Direktor der Anstalt, in der geistesschwache Kinder und ältere Zöglinge bis zum Alter von etwa 30 Jahren erzogen werden, erklärt, dass die Kinder, die bereits auf eine eigens für Feuersgefahr vorgesehene Betonterrasse gebracht worden waren, in der Panik in ihre Zimmer zurückliefen, sich unter die Betten verkrochen und so den Flammen zum Opfer fielen. Ihre verkohlten Leichen konnten geborgen werden. Die Brandursache ist noch ungeklärt.

Berliner Hauptmann-Feiern. Der 70. Geburtstag Gerhart Hauptmanns am 15. November wird in Berlin als der Stadt, in der Gerhart Hauptmann seine erste Bühne, seine ersten kritischen Verteidiger und seinen Verleger fand, festlich begangen werden. Am 14. November abends findet in der riesigen Ausstellungshalle am Kaiserdamm eine grosse Gerhart Hauptmann-Feier statt, bei der Oberbürgermeister Dr. Sahm den anwesenden Dichter begrüssen wird. Die Festansprache der musikalisch-künstlerisch durchwirkten Weihestunde hält Karl Zuckmayer. Auch Gerhart Hauptmann selbst wird das Wort ergreifen. - Am Mittwoch abend werden in drei Berliner Theatern Gerhart Hauptmann-Stücke gespielt: in der Volksbühne - nach einem Vorspruch Alfred Kerrs - die Hilpert'sche Inszenierung der "Ratten", im Staatstheater "Gabriel Schöllings Flucht" (Regie Jessner), in einer Nachtvorstellung der Kammerspiele "Michael Kramer" (Regie Karlheinz Martin). In allen drei Aufführungen beabsichtigt Gerhart Hauptmann, wenigstens eine Zeit lang, anwesend zu sein.

Gronau in Manzele. Der Weltflieger Wolfgang von Gronau, der am Mittwoch Nachmittag vor der Schweizer Dornierwerft in Altenrhein zu Wasser gegangen war, landete am Donnerstag um 14 Uhr 40 bei den Dornierwerken in Manzele bei Friedrichshafen. Das festlich flaggengeschmückte Städtchen hatte einen grossen Tag. Wolfgang von Gronau und seine Begleiter wurden offiziell begrüsst; weitere Reden feierten sie am Abend, als die Dornierwerke den Fliegern ein Bankett im Kurgartenhotel gaben.

Unglück der Not. In Wanne-Eickel ereignete sich auf der Schachtanlage "Unser Fritz" ein schweres Unglück. Mehrere Personen wollten sich mit Handkarren für den Hausbedarf Schlammkohle holen. Sie hatten die Einfriedung überstiegen, ein Tor eingedrückt und unterwühlten dann die Schlammkohlenhalde. Dabei geriet die Kohle in Bewegung und verschüttete fünf Personen. Ein 60-jähriger Invalide war sofort tot. Seine Frau und ein Schlosser erlagen später ihren Verletzungen im Krankenhaus. Eine Frau und ein Junger Mann konnten mit weniger schweren Verletzungen von der Feuerwehr und den Arbeitern der Zeche gerettet werden. Das Unglück gibt ein erschütterndes Bild von der Not der Erwerbslosen, die ihr Leben aufs Spiel setzen müssen, um im kohlangesegneten Ruhrgebiet mit seinen riesigen Haldenbeständen ein paar Kohlen für den Ofen zu gewinnen.



Wirtschaftsabkurbelung.

Experimente in der Hochseefischerei.

SPD. Von der deutschen Hochsee-Fischdampferflotte sind 40 Prozent, d.h. ungefähr 150 Schiffe, stillgelegt worden. Von dieser Stilllegung werden etwa 2 000 Seeleute betroffen. In Mitleidenschaft werden auch die Fischereiarbeiter gezogen, sodass sich also die Zahl der durch die Stilllegung erwerbslos gemachten Arbeitskräfte noch um einige Tausend erhöht. Und damit noch nicht genug: die deutschen Fischdampferreeder haben bereits angekündigt, dass noch weitere Teile der Hochseeflotte stillgelegt würden.

An der Wasserkante wird also die Wirtschaft nicht an-, sondern abgekurbelt. Die Reeder haben es mit dieser Abkurbelung sehr eilig, denn noch ist die Heringsfangsaison nicht beendet. Auch ist beim besten Willen ein wirklich stichhaltiger Grund für die Stilllegung fast der Hälfte der Fischdampferflotte absolut nicht zu entdecken. Wenn man hört, dass die Hochseefischerei etwa 150 Schiffe stilllegt, dann macht das den Eindruck, als ob die Reeder auf dem letzten Loch pfeifen. Davon kann aber gar keine Rede sein. Die Fischdampfer haben während der Heringsfangsaison durchwegs gut angeschnitten. Auch machten sich bis jetzt keine ernsthaften Absatzschwierigkeiten bemerkbar. Die Reeder betonen, die Hochseefischerei habe zur Zeit unter der geringen Preisbildung in den Fischauktionen zu leiden, und der Fischhandel klagt, er könne keine höheren Preise zahlen, weil die Ware sonst infolge der schwachen Kaufkraft der werktätigen Bevölkerung nicht abgesetzt werden könne. Sicherlich kann sich die Arbeiterbevölkerung heute vielfach infolge ihrer erbärmlichen Entlohnung ein Fischgericht nicht mehr leisten, aber das ist noch lange kein Beweis, dass der deutschen Hochseefischerei der Atem ausgeht. Die deutschen Fischdampfer laufen ja nicht nur deutsche, sondern auch ausländische Häfen an, und sie setzen dort mehr ab als die Ausländer bei uns.

Die Gründe für die Stilllegungsaktion sind wo anders zu suchen. Die Reeder wollen die Gewerkschaften und die Regierung unter Druck setzen. Zwei Dinge haben sie vor allem im Auge: Senkung der Löhne und Kontingentierung der Seefischzufuhr vom Ausland.

Am Donnerstag der nächsten Woche finden in Bremerhaven Tarifverhandlungen für die Hochseefischerei statt. Anfangs Oktober hatten die Reeder in eine Verlängerung der Tarife einwilligen müssen. Die Geltungsdauer des Heuerabkommens wurde bis 31. Dezember und das des Manteltarifs bis 31. Januar verlängert. Nun wollen die Reeder vor allem die Lohnfrage wieder anschneiden. Ihre Stilllegungsaktion ist ohne Zweifel eine Demonstration. Sie wollen der Öffentlichkeit einreden, dass die geltenden Löhne nicht mehr gezahlt werden können.

Mit einer Kontingentierung der Seefischzufuhr vom Ausland soll die Preisbildung auf dem Binnenmarkt gefestigt werden. Auf eine Versorgung der schlecht entlohnerten Arbeiterbevölkerung mit einem billigen Seefisch legen die Reeder weniger Wert. Um aber das Gesicht zu wahren, haben sie eine Fischverbilligungsaktion nach dem Muster der Fleischverbilligung für Arbeitslose angeregt. Warum auch nicht. Wenn sie mit der Regierung ein gutes Geschäft machen können, dann geben sie gerne ein Almosen für die Armen. So etwas

macht sich immer gut.

Ob die Regierung den Kontingentierungswünschen der Reeder entgegenkommen kann, erscheint uns nach dem allgemeinen Fiasko der Kontingentierungspolitik etwas zweifelhaft. Für die Hochseefischerei ist eine Zufuhrkontingentierung im übrigen ganz besonders eine zweischneidige Sache. Dass das Ausland mit Repressalien antworten würde, versteht sich von selbst, und ein Gegenschlag könnte unter Umständen sehr schmerzlich wirken; denn die deutschen Fischdampfer setzen ja, wie bereits erwähnt, in fremden Häfen mehr ab als fremde Dampfer in Deutschland. Allem Anschein nach wollen die Reeder auch sonst noch einige Vergünstigungen bei der Reichsregierung heraus schlagen, und sie sind wohl der Auffassung, dass ihre Stilllegungsaktion, die natürlich zu der von Papen versprochenen Wirtschaftsankurbelung passt wie die Faust aufs Auge, solche Vergünstigungen etwas beschleunigt.

Das Stilllegungsexperiment der Fischdampferreeder hat etwas Frivoles an sich. Eine wirkliche Notlage, die eine Stilllegung unvermeidlich machen müsste, liegt nicht vor. Aber die Existenz von einigen tausend Seeleuten und Fischereiarbeitern ist anscheinend den Reedern gerade gut genug, um damit wie in einem Glücksspiel zu spielen. Sie legen einen grossen Teil der Fischdampferflotte still, um vom Reich wirtschaftliche und von den Gewerkschaften lohnpolitische Zugeständnisse zu erzwingen. Gegen dieses Vorgehen kann nicht scharf genug Protest erhoben werden. Die Seeleute und Fischereiarbeiter verlangen, dass die Flotte in Fahrt gehalten wird. Sie haben für diese ihre Forderung stichhaltige Gründe und deshalb wohl auch die Öffentlichkeit, das heisst jeden uninteressierten, aber gerecht denkenden Menschen auf ihrer Seite. Die Reeder der deutschen Hochseefischerei haben sich etwas sehr weit vorgewagt.

SPD. Die in der jüngsten Zeit sich häufenden Fälle politischen Terrors gegen Warenhäuser, Kaufhäuser, Einheitspreisgeschäfte und Konsumgenossenschaftsläden hat den Zentralverband der Angestellten veranlasst, an das Reichsinnenministerium und die Länderregierungen mit der dringenden Forderung heranzutreten, den bedrohten Angestellten einen ausreichenden polizeilichen Schutz zu gewährleisten. Das Reichsinnenministerium bezeichnet in seiner Antwort einen solchen Schutz als selbstverständlich. Aber nicht das Reichsinnenministerium, sondern die Länderregierungen sind ja in erster Linie für den polizeilichen Schutz verantwortlich. Umso bemerkenswerter ist die völlig unbefriedigende Antwort des preussischen Innenministeriums. Diese Antwort ist charakteristisch für die gegenwärtigen politischen Zustände in Preussen. Sie lautet:

"Zur Verhütung der in letzter Zeit leider häufig vorgekommenen Gewaltakte gegen Warenhäuser und sonstige Geschäftsstellen hat die **Polizei im Rahmen des Möglichen** alle erdenklichen Abwehrmassnahmen, besonders durch erhebliche Verstärkung des Streifendienstes und dessen engste Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei getroffen. Immerhin werden auch bei grösster Aufmerksamkeit Wiederholungen solcher überraschender Ausschreitungen naturgemäss sich mit polizeilichen Mitteln allein nicht völlig verhindern lassen. Die polizeilichen Vorkehrungen sollten daher auch von seiten der Bevölkerung, insbesondere der Geschäftsinhaber, durch einen gewissen Selbstschutz im Wege geeigneten Zusammenschlusses, ferner durch Benutzung von Alarmvorrichtungen und ähnlicher Vorkehrungen für ein schnelles Herbeirufen polizeilicher Kräfte ihre Ergänzung finden. Hierzu ist selbstverständlich Voraussetzung, dass in den genannten Warenhäusern auch geeignete männliche Kräfte vorhanden sind, die gegebenenfalls die Täter sofort feststellen oder die Verfolgung bis zum Eintreffen der Polizei aufnehmen können. - - Ich bitte

Sie, Ihren Verbandsmitgliedern hiervon Kenntnis und anheim zu geben, ihrerseits auf die Geschäftsinhaber und -leiter im vorstehenden Sinne Einfluss zu nehmen und sich auf jede Weise dafür einzusetzen, dass die Polizei bei der Bekämpfung von Terrorakten ihre Unterstützung erfährt. Die örtlichen Polizeidienststellen werden gegebenenfalls über diese Fragen zu einer Aussprache jederzeit bereit sein."

Dieser von oben kommende Rat zum Selbstschutz ist nicht ganz ungefährlich. Er kann bei der bekannten Praxis der SA-Leute leicht zu empfindlichen Freiheitsstrafen für die sich selbst schützenden Arbeitnehmer führen. Im übrigen wirkt die Antwort des Preussenkommissariats wie ein Hohn auf die, angeblich so starke Staatsführung, die seit Wochen und Monaten von den Lobrednern des neuen Kurses in den höchsten Tönen gepriesen wird.

SPD. Der Kampf der Beamtenverbände gegen die von der Regierung beabsichtigte Senkung der Gehälter ist bereits voll im Gang, obgleich der Plan der Regierung in seinen Einzelheiten noch nicht bekannt ist. Der Kongress des der CGT angeschlossenen Allgemeinen Beamtenverbandes, der am Donnerstag in Paris eröffnet wurde, beschäftigte sich gleich in seiner ersten Sitzung mit der Gehaltsfrage. Der Generalsekretär des Verbandes richtete eine energische Warnung an die Regierung. "Ich will nicht", so erklärte er, "den Fall einer Niederlage ins Auge fassen; denn ich bin überzeugt, dass wir stark genug sind und über genügend Mittel verfügen, um die Regierung zum Rückzug zu zwingen, wenn sie entgegen den Erwartungen auf ihrem Plan bestehen bleiben sollte. Sie würde sich die Feindschaft aller Beamtenkategorien einschliesslich der Polizei und der Armee zuziehen. Risse im Beamtenkörper würden dann die unausbleibliche Folge sein."

Der Kongress nahm diese Erklärung mit starker Zustimmung auf.

SPD. Der Winter steht vor der Tür. Seine Vorboten, Nässe und Kälte, bringen mit ihrem Einzug ins Land ein Heer von Krankheiten in die Stuben der armen Leute. Man sollte meinen, dass gerade für die schwächsten Bevölkerungsschichten, also vor allem für die Wohlfahrtserwerbslosen, soweit als möglich ärztliche Hilfe gesichert würde. Allein wir leben ja in einer verkehrten Welt. Gerade der bekommt am unzulänglichsten ärztlichen Beistand, der ihn am ehesten braucht.

Scheidet der Arbeitslose aus der Krisenunterstützung aus, dann gerät er dadurch in die Arztfürsorge der gemeindlichen Wohlfahrt. Das ist ein sehr bedauerlicher Zustand. Wo in der Fürsorge freie Arztwahl besteht, kann vielleicht ein Wohlfahrtserwerbsloser noch auf genügend ärztlichen Beistand rechnen. In den meisten Fällen wird er aber besonderen Wohlfahrtsärzten überwiesen. Die Hilfe dieser Aerzte mag für die Hilfsbedürftigen ausreichen, um die sich von jeher die kommunale Fürsorge zu kümmern hat; sie reicht aber unmöglich für das Heer der Wohlfahrtserwerbslosen. Die Ueberweisung der Masse der Wohlfahrtserwerbslosen an die Wohlfahrtsärzte hat zwangsläufig einen Massenbetrieb in der ärztlichen Betreuung zur Folge. Untersuchung und Behandlung dieses Massenbetriebs sind skandalös unzulänglich. Wenn später ein Wohlfahrtserwerbsloser mal wieder in Arbeit kommt und dadurch vielleicht zur Krankenkasse zurückkehrt, dann muss in den meisten Fällen die Kasse den Neuankömmling erst wieder einmal richtig gesund pflegen.

Das Beste wäre, wenn auch der Wohlfahrtserwerbslose bei der Krankenkasse verbliebe. Einzelne Gemeinden haben mit den Aerzten Verträge geschlossen, die einigermassen besserartige Verhältnisse auch für die Wohlfahrts-

erwerbslosen herstellen. Allein solche vereinzelte Abmachungen ändern nur wenig an dem unerfreulichen Gesamtbild. Auch der Wohlfahrtserwerbslose muss von der Krankenkasse betreut werden, natürlich in einer Form, die billiger ist als die Betreuung für die versicherten Arbeitslosen, die aber trotzdem eine Schädigung des Wohlfahrtserwerbslosen an ärztlichem Beistand vermeidet, d.h. die Gemeinden sollen - das ist die Forderung der Krankenkassen - nur die effektiven Kosten vergüten, der kranke Wohlfahrtserwerbslose aber soll nur bei der Verrechnung der Kassen mit der Aerzteschaft, nicht aber vor dem behandelnden Arzt als Wohlfahrtserwerbsloser in Erscheinung treten.

Es wird allmählich Zeit, dass nach dem Fiasko des Versuchs, das Wohlfahrtserwerbslosenproblem nur durch die Gemeinden und deren Fürsorge zu lösen, mit einer Neugestaltung der Fürsorge für die Ausgesteuerten auch deren ärztliche Betreuung sozial und menschlich geregelt wird.

SPD. In der Textilindustrie des Gladbacher Bezirks kam es zwischen den Verbänden der kaufmännischen Angestellten und der Meister und den Vereinigten Arbeitgeberverbänden zu einer Vereinigung, wonach die Gehaltssätze um 3 bis 5% gekürzt werden. Der Vertrag läuft bis zum 31. Mai 1932. -

Für die Bäcker in den Kölner Brotfabriken wurde ein Schiedsspruch gefällt, wonach der Endlohn von 48,50 auf 47 Mark wöchentlich gesenkt wird. Auch der Lohn des Fahrpersonals soll um 1,50 Mark gekürzt werden. Die Kölner Bäckerinnungen wollen die Löhne um 10 Prozent senken. Hier sind die Verhandlungen noch im Gange. -

Für die Gross-Fleischereien beträgt der Lohnabbau vier Mark wöchentlich. Lohnabbau und kein Ende. Die Geduld des Deutschen Michels ist unerschöpflich,

SPD. Die Altersgrenze für die Berufslehrgänge der Reichsanstalt ist im Zusammenhang mit der Neuregelung der Einbeziehung der ausscheidenden Arbeitsdienstwilligen in die Lehrgänge von 23 auf 25 Jahre heraufgesetzt worden. Der Zweck dieser Aenderung ist, die Einreihung der Arbeitsdienstwilligen in die Berufslehrgänge möglichst reibungslos zu gestalten. Als Träger der besonderen Lehrgänge für Arbeitsdienstwillige sollen neben den Arbeitsämtern auch die Arbeits- oder Dienstträger des vorübergehenden Arbeitsdienstes mehr als bisher herangezogen werden.

SPD. Die zur Zeit geltende Regelung der Arbeitslosenversicherung der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter ist bis zum 31. März verlängert worden. Diese Verlängerung verdient insofern Beachtung, als dadurch nun wenigstens auch die geringfügigen Erhöhungen der Unterstützung für die Arbeitslosen der Versicherung und der Krisenfürsorge gleichfalls den noch von diesen Unterstützungszweigen betreuten Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern zugute kommen.



Mann der Prosperität?

Wirtschaft und Wahlen in Amerika.

SPD. Der Ausfall der amerikanischen Wahlen ist ohne Zweifel von der stürmischen Sehnsucht der amerikanischen Wähler nach Wirtschaftsbesserung bestimmt worden. Hoover, in der Hochkonjunktur zum Präsidenten gewählt, geriet in die Strudel der Weltwirtschaftskrise und weckte, nicht zuletzt durch seine missglückten Stützungsaktionen auf den verschiedenen Märkten, in Millionen von Amerikanern Zweifel an die unbedingte Richtigkeit und unbedingte Vorzüglichkeit des kapitalistischen Systems, auf jeden Fall allgemein Zweifel gegenüber dem Mann, nämlich Hoover, der versprochen hatte, die in Amerika seit 1922 andauernde Prosperitätsperiode noch zu steigern. Obwohl die Erkenntnis, dass das furchtbare Krisenrisiko der kapitalistischen Wirtschaft nur durch sozialistische Planwirtschaft ausgeschaltet werden kann, auch in Amerika wächst, wie die immerhin ansehnliche sozialistische Stimmenzahl in den amerikanischen Grosstädten zeigt, hat die Mehrzahl der Wähler es für richtig gehalten, Konjunkturoffnungen an die Person des neu gewählten Präsidenten Franklin D. Roosevelt zu knüpfen. Hoover war der Mann der Prosperität, Roosevelt soll es werden.

Nun hat die für alle Welt massgebende New Yorker Börse die Wahl Roosevelts mit matter Tendenz und weichenden Kursen quittiert und die internationalen Börsen haben sich dem New Yorker Einfluss nicht entziehen können. Das spricht nicht gegen den neuen Präsidenten und auch nicht gegen seine politische und wirtschaftspolitische Einstellung. Die wirtschaftliche Unsicherheit, die in der Haltung der amerikanischen Börsen zum Ausdruck kommt, geht vielmehr auf die alte Uebung des amerikanischen Parlamentarismus zurück, die bei der Wahl eines neuen Präsidenten einen radikalen Personenwechsel in der Verwaltung vorschreibt. Man mag, wie das auch jetzt der Fall ist, durch persönliche und politische Fühlungnahme den Versuch machen, allzu krasse Uebergänge zu vermeiden. Der alte, unter ganz andern Voraussetzungen gewählte Kongress bleibt jedoch bis März 1933 zusammen. Dem neuen Mann fehlt also bis dahin die Plattform für die Durchführung seines besonderen Programms. Das kann, um nur ein Beispiel herauszugreifen, die Abwicklung der bevorstehenden Weltwirtschaftskonferenz nachteilig beeinflussen, braucht aber die amerikanische Initiative in wirtschaftspolitischen Fragen keineswegs völlig zu lähmen. So hat z.B. der amerikanische Präsident von sich aus das Recht, Zölle zu ermässigen. Eine Zollermässigung aber, die das grösste Land der Erde vornimmt, und wäre sie noch so klein, müsste die Hoffnungen auf die Weltwirtschaftskonferenz ungemein stärken. Möglich ist auch vor dem endgültigen grossen Stellenwechsel in Amerika eine gewisse Auflockerung des Alkoholverbotes, die aber allem Anschein nach den europäischen Bierexporteuren weniger und nur vorübergehend, Amerika selbst jedoch mehr in Form des langgeplanten Aufbaus einer Brauindustrie zugute kommen dürfte.

Aber das sind alles, gemessen an dem ungeheuren Umfang der Wirtschaftskrise, Nebensächlichkeiten und Kleinigkeiten. Hauptsache bleiben die grossen Warenmärkte, auf denen Amerika durch Getreide, Baumwolle und Metalle eine

besonders wichtige Stellung einnimmt. Das Urteil des kapitalistischen Amerikas geht dahin, dass Franklin D. Roosevelt, der sich ja stark auf die amerikanische Landwirtschaft stützt, der Mann der Prosperität sein wird, wenn sich die grossen Rohstoffmärkte bessern. Für Amerika kam die Krise von den Märkten der Massengüter her. Kein anderes Land glaubt auch so fest wie Amerika daran, dass nur von dort her die Krise überwunden wird. Der Mann bestimmt also nicht die Konjunktur, sondern die Konjunktur macht den Mann. Die Aussichten auf den grossen Warenmärkten liegen nun weniger gut als zur Zeit, als Roosevelt gegen Hoover in den Wahlkampf zog. Die Preise sind in den letzten Wochen gefallen, haben aber den tiefsten Stand vom Juni und Juli 1932 nicht wieder erreicht. Auch der nierlose Pessimismus, der in diesem Frühjahr alles hemmte, ist verschwunden. Nach dem deutschen Konjunkturforschungsinstitut ergibt sich folgende Entwicklung, die im grossen und ganzen auch auf die amerikanischen Verhältnisse zutrifft:

	<u>Tiefster Stand</u> <u>Juni/Juli</u>	<u>Anfang Sept.</u> <u>in Reichsmark.</u>	<u>Anf. November</u>
Baumwolle, Bremen 1 kg	0,56	0,95	0,68
Wollkammszug Austral 1 kg	3,10	3,40	3,30
Kupfer Berlin 100 kg	43,25	59	49
Blei Berlin 100 kg	13,75	20,25	15,88
Rindshäute Berlin 1/2 kg	0,17	0,26	0,22.

Für die Textilindustrie liegen in der tatsächlich ziemlich klein ausgefallenen amerikanischen Baumwollernte ermutigende Konjunkturzeichen vor. Auch der Markt für Wolle ist aussichtsreich und lebhaft. Recht schwach liegen dagegen die führenden Metallmärkte, insbesondere der Markt für Kupfer, woran die Spezialhaussa gelegentlich der Präsidentenwahl nichts ändern kann. Der schlimmste Punkt sind aber die Getreidemärkte, auf denen die Kurse für Weizen während der letzten Wochen einen neuen Zusammenbruch erfahren haben. So werden z.B. in Winnipeg (In Gold umgerechnet) gegenwärtig Preise notiert, wie sie selbst das vorige Jahr, das Jahr des grossen Preisrutsches, nicht kannte. Die südliche Erdhälfte erwartet auf vergrösserten Anbauflächen gute Ernten, während die europäischen Zuschussgebiete dieses Jahr ihren Bedarf so ziemlich aus eigener Ernte decken. Man weiss aber in Amerika viel zu gut, dass die gegenwärtige europäische Getreidelage äusserst künstlich ist und dass die Selbstversorgung Europas sofort illusorisch wird, wenn die Politik, die Preise künstlich hoch zu halten, und die Schliessung der europäischen Grenzen wegfällt. Das kann für die Entwicklung der ganzen internationalen Wirtschaftspolitik von grösster Bedeutung werden.

Will Roosevelt für seine Getreidefarmer Absatz in Europa schaffen, dann muss er die Kaufkraft in Europa irgendwie stärken. Hoover wollte das durch Nachlass bei den Kriegsschulden. Er stützte aber die chinesischen Zollmauern Amerikas, die, besonders die hemmungslose Zollerhöhung von 1927, dem Welt-handel und damit auch dem amerikanischen Handel ungemein geschadet haben. Die Demokraten unter Roosevelt, die weniger schutzzöllnerisch sind, weil sie die Exportnotwendigkeiten der amerikanischen Landwirtschaft berücksichtigen müssen, sind mehr geneigt, nach Richtung eines Zollabbaus vorzugehen. Tritt dieser Fall ein, dann steht zweifellos die Weltwirtschaft vor einer neuen Situation und in der Wirtschaftsgeschichte wird ein neues Blatt angefangen. Das könnte der Anfang vom Ende des internationalen Protektionismus sein.

SPD. Am Donnerstag ist die Wahlhaussa an der Berliner Börse gründlich zu Ende gegangen. Die Kurse lagen auf allen Märkten schwach. Pfandbriefe und Kommunalobligationen büssten um 1 bis 2 % ein. An den Aktienmärkten ergaben sich Rückgänge sogar bis 3 Prozent.

Das Ende der Hausse, die wirtschaftlich so gut wie gar nicht fundiert war, kommt nicht überraschend. Es hat sich eben um eine "gemachte" Hausse gehandelt. Im übrigen haben die schwache Haltung der New Yorker Börse, die Abschwächung des englischen Pfundes und die neuerdings wieder unbefriedigende Lage auf den Warenmärkten mitgewirkt. Auch die Ereignisse in Genf bestimmten viele Spieler zur grössten Zurückhaltung.

SPD. Die Veba (Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-Aktiengesellschaft), in der der preussische Staat seine vier grossen Bergwerks- und Elektrizitätsunternehmen zusammenfasst, weist für das abgelaufene Jahr einen Verlust von 3,48 Millionen Mark aus. Die angeschlossenen Unternehmen zahlten für das verfllossene Jahr keine Dividende. Dagegen musste die Veba für aufgenommene Anleihen Zinsen in Höhe von 3,4 Millionen Mark aufbringen. Der Verlust wird aus Sonderrücklagen gedeckt.

Die Generalversammlung der Veba, die am Donnerstag stattfand, nahm im Anschluss an die Ereignisse in Preussen eine Umgruppierung des Aufsichtsrats vor. An Stelle des Sozialdemokraten Dr. Staudinger, früher Staatssekretär im preussischen Handelsministerium, wurden Reichskommissar Dr. Ernst als Vorsitzender und Staatssekretär Schleusner vom preussischen Finanzministerium als stellvertretender Vorsitzender gewählt.

SPD. Die Reichsregierung hat verfügt, dass die für Getreidelombardierungen für eine Zeit von 4 Monaten gewährte Zinsverbilligung für weitere 2 Monate gilt. Die Massnahme liegt im Rahmen der Bestrebungen der Reichsregierung, die Getreidepreise weiter nach oben zu treiben.

Berliner Milchpreise.

SPD. Milchpreise für die Zeit vom 11. bis 17. November: Trinkmilch 13,85 Rpf je Liter, dazu treten folgende Zuschläge: a) für tiefgekühlte Milch 0,05 Rpf., b) für molkereimässig bearbeitete Milch 1,75 Rpf., 2. a) Werkmilch 9 Rpf., b) tiefgekühlte Werkmilch 9,5 Rpf je Liter.

Die Preise gelten bis auf weiteres für Vollmilch mit einem Fettgehalt von 3 % und von handelsüblicher Sauberkeit frei Rampe Berlin. Für Milch unter 3 % Fett werden für jedes fehlende ein Zehntel Fettprozent Abzüge in Höhe von zwei Zehntel Rpf vorgenommen. Bei Milch, die der handelsüblichen Sauberkeit nicht entspricht, wird ein Abzug von 0,5 Rpf je Liter gemacht.

Die Wochenziffer ist gemäss der Kontingentierung für die Milchlieferung ab Freitag, den 11. November auf 78 % festgesetzt.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 10. November. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation; Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 115, II. 105, abfallende Sorten 96 RM. Tendenz: fest.

Weitere Steigerungen.

(Berliner Getreidebörse vom 10. November)

SPD. Der "Zug nach oben" prägte sich auch deutlich am Donnerstag aus. Allen Anschein nach wie den Stützungsstellen jedoch zu viel in Preistreiberei getan; denn sie weigerten sich am Donnerstag, Roggen zu den hohen Preisen anzukaufen, die während der Vorbörse erreicht wurden. Am Lieferungsmarkt steigerte sich dann der Roggenpreis auch nicht so sehr wie der Weizenpreis. Immerhin wurden für Roggen in späteren Sichten um eine Mark höhere Preise erzielt. Dezemberroggen wurde mit $1\frac{1}{2}$ Mark höher notiert. Höher waren die Preisgewinne für Weizen. Sie betrugen für Dezemberweizen rund 3,5 Mark, für die späteren Sichten $2\frac{1}{2}$ - 2 Mark. Die Entwicklung stand durchaus unter dem knappen Angebot am Promptmarkt. Die Landwirtschaft hält mehr als je mit der Ware zurück. Am Promptmarkt konnten deshalb beide Brotgetreidearten mit 1 Mark höher notiert werden.

	9.11.	10.11.
	(ab märkischer Station in Mark	
Weizen	199 - 201	201 - 203
Roggen	157 - 159	158 - 160
Braugerste	170 - 180	170 - 180
Futter- und Industrieroggen	162 - 169	162 - 169
Hafer	133 - 138	133 - 138
Weizenmehl	24,00 - 27,25	24,50 - 27,50
Roggenmehl	20,50 - 22,60	20,50 - 22,60
Weizenkleie	9,00 - 9,40	9,10 - 9,50
Roggenkleie	8,25 - 8,60	8,35 - 8,70

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember $214 - 212\frac{1}{2}$ (Vortag $201\frac{1}{2}$), März $216\frac{1}{2} - 215$ (214), Mai $218\frac{1}{2} - 217\frac{1}{2}$ (216 $\frac{1}{2}$). Roggen Dezember $170\frac{1}{2} - 169\frac{1}{2}$ (168 $\frac{1}{2}$), März 173 (172), Mai $177 - 176\frac{1}{2}$ (176). Hafer März bis 139 (139 $\frac{1}{2}$).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. Die notierten Preise sind Abgabepreise in Rpf an den Grosshandel ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 10. November.) A. Inlandseier: 1. Deutsche Handelsklasseneier: G 1 vollfrische 65 g und darüber 13,75, unter 65 - 60 g 13, unter 60 - 55 g 12,25; unter 55 - 50 g 10,25, unter 50 - 45 g 8,75; G 2 frische 65 g und darüber 13,25, unter 65 - 60 g 12,50, unter 60 - 55 g 11,75, unter 55 - 50 g 9,75, unter 50 - 45 g 8; 2. Deutsche sortierte Eier: Frische unter 60 - 55 g 11,50; unsortierte 65 g und darüber 11; abweichende, kleine, mittlere und Schmutzeier 65 g und darüber 7,25 - 7,75. B. Auslandseier: Dänen und Schweden 18er 13,50, 17er 13, 15 $\frac{1}{2}$ - 16er 12,50, leichtere 8,75 - 9,50; Finnländer, Estländer und ähnliche Sorten 18er 13, 17er 12,50, 15 $\frac{1}{2}$ - 16er 12; Rumänen 8,50 - 9,50, Russen normale 8 - 8,50, Polen normale 8 - 8,50, abweichende 7,50; kleine, Mittel- und Schmutzeier 6,50 - 7. C. Kühlhauseier: Extra grosse 10, grosse 8 - 8,75, normale 7,50. D. Kalkeier und andere konservierte extra grosse 8 - 8,50, grosse 7,50 - 7,75, normale 7. Witterung: Trübe, Marktlage: fest.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S . P . D

87

Berlin, den 10. November 1932

Das eine der drei K.^x

Bei der nachfolgenden Betrachtung handelt es sich nicht um eine geheime Formel, sondern um das eine der drei K's, die Wilhelm der Verfloßene, als die Achse deklarierte, um die sich das Leben der Frau drehen sollte: Küche, Kinder, Kirche. Wir wollen als selbstverständlich annehmen, dass das erste K von allen den Vorrang einnimmt; denn es soll ja nicht nur die Liebe durch den Magen gehen, sondern nach höchster dichterischer Erkenntnis bewegt sich auch das gesamte Weltgetriebe durch Hunger und durch Liebe.

Ja, es gibt schwierige Worte für die einfachsten Dinge, und es ist nicht immer leicht, ohne Verwirrung am Ursprunge der Dinge zu bleiben. Wir wollen uns heute vor ihr hüten und bei etwas ganz Einfachem bleiben: bei der Freude der grösseren Schulkinder an ihrem Lehrfach "Kochen". Tausende und Abertausende von Mädchen gibt es, die absolut keine Lust zum Kochen und zur Hausarbeit haben, die sich drücken, wo sie nur können, wenn die Mutter sie zu irgend einer Arbeit haben will - und die mit strahlender Freude zum "Kochen" gehen, wenn es in der Schule geübt wird und nicht zu Hause. Da kann es vorkommen, dass Mädchen mit Filmdiven- oder Mannequin-Idealen mit Wohnungsscheuern, sogar Ausgüsse oder Toiletten reinigen. Zu Hause ein Ding der Unmöglichkeit! Voller Entrüstung würden die Mädchen ein solches Ansinnen weit von sich weisen! In der Schule aber geht's. Ungläubige Mütter mögen nur die Haushaltslehrerinnen fragen, um es von ihnen bestätigt zu erhalten. Mit welchem Eifer sind die Mädchen dabei, alle Kochvorbereitungen zu treffen, einzukaufen, Gemüse zu putzen, Kartoffeln zu schälen und dann die Speisen kochfertig zu machen - immer nach dem bekannten Anfang aller Kochrezepte: "Man nehme...!" Da wird gerührt und gemixt, mit Ausdauer und "Liebe", ja, mit Verstand gekocht; denn in der Zeit, in der die Speisen der Wirkung des Feuers überlassen bleiben, wird Theorie getrieben. Das heisst: Ernährungskunde, Nahrungsmittellehre, Kalorien- und Preisberechnungen; auch die Kenntnis von den Vitaminen wird nicht vergessen. Früher schmeckte bekanntlich das Essen nur, wenn es mit "Liebe" gekocht war. Und mit Liebe kochen hiess, ehrfürchtig und ergeben die von Mutter und Grossmutter und Urgrossmutter ererbten Kochrezepte unverändert zu wiederholen und abermals auf Kinder und Grosskinder zu vererben.

Da muss ich unbedingt das Missgeschick einer jungen Frau erzählen, von der ein Witz folgendes behauptet: Im Haushalt ihrer Schwiegermutter hat es jeden Sonnabend Brotsuppe gegeben. Der Mann wünscht in seiner jungen Ehe auch die berühmte Brotsuppe seiner Mutter zu essen. Die Frau sieht jedem Sonnabend mit Angst und Schrecken entgegen; denn nie ist ihre Brotsuppe zur Zufriedenheit ihres Gatten ausgefallen. Sie hat sie auf alle nur erdenkbare und auf die beste Weise gekocht, aber - es war eben nicht die, die seine Mutter gekocht hatte. Eines Sonnabends kocht sie wieder, ist voller Traurigkeit und auch geheimem Aerger, dass ihr Mann dieser dummen Brotsuppe wegen Misstöne in die Ehe bringt. Auf einmal hört sie es zischen; alles kocht über, und schon ist das Unglück geschehen: die Brotsuppe ist angebrannt! Jetzt ist ihr alles egal; sie wird ihm die angebrannte Brotsuppe geben; dann ist sie ein für allemal die Plage los. Da - sie traut ihren Ohren kaum - der Mann ist hochbeglückt: Das ist die Brotsuppe, wie sie seine Mutter kochte!

Nun, wir wollen gewiss nicht übertreiben und behaupten, dass es immer so um das bestellt ist, was vererbt wird; aber es muss schon zugegeben werden, dass der Mensch beim Essen der grösste Reaktionär ist. Nur so ist es zu verstehen, dass nach den neuesten Forschungen Todsünden beim Kochen begangen wurden. Man hat die Nahrungsmittel malträtirt bis dort hinaus, alle Kraft und allen Saft ausgekocht, Gemüswasser weggegossen, Salatsäfte ausgequetscht und dem Abguss übergeben; kurz gesagt, die Rückstände gegessen und die Aufbaustoffe weggeworfen! Heute lehrt die Schule moderne Nahrungsmittelkunde, und wenn die Mütter belehrbar wären, so könnten sie heute von ihren Töchtern lernen.

Und warum die Mädchen in der Schule mit Freude kochen und reinmachen? Sie werden dabei ernst genommen! Auf sachliche Weise wird ihnen alles erklärt, gezeigt und vorgemacht. Alles geht ohne Nörgelei und Herabsetzung. Niemand spielt sich auf, dass nur seine Methode die richtige wäre und deshalb unbedingt nachzuahmen sei. Die Schülerinnenzahl wird aufgeteilt in eine angenommene Familieneinheit von vier Personen. Vier Schülerinnen bleiben während des ganzen Lehrganges zusammen; nur ihre Aufgaben ändern sich in einem regelmässigen Turnus, so dass jede Schülerin alle Arbeiten erlernt. Es gibt in manchen Städten schon moderne Schulen, die auch die Jungen an diesem Hauswirtschaftsunterricht beteiligen. Sie sollen so viel lernen, dass sie auf Wanderungen auch alle Arbeiten verrichten können. Ich habe mir erzählen lassen, dass die Jungen ebenso eifrig bei diesem "Lehrfach" sein sollen wie die Mädchen.

Der Ton macht die Musik - so heisst es sehr zu Recht -, wenn man bei seinen Mitmenschen etwas erreichen will. Jedes Kind ist überaus wissensdurstig, gelehrig und hilfsbereit und ganz besonders empfindlich für die "Töne". Wer die richtigen anschlägt, der kann die kindlichen Eigenschaften auch für an und für sich nicht sehr interessante Dinge nutzbar machen. Wenn uns die Chemie erst Pillen beschert, dann ade, du zeitraubendes K!

Trude Wiechert (Hannover)

Der erste Arbeiterinnenstreik.*

SPD. Am 10. April 1897 legten die Wäschereiarbeiterinnen von Neu-Jsenburg (hessisches Städtchen nahe und wirtschaftlich abhängig von Frankfurt am Main) die Arbeit nieder. Sie taten es unterm Zwange der Not: Arbeitszeiten von 12 bis 17 Stunden täglich, unbezahlte Ueberstunden, dafür eine Entlohnung von Mk. 1,10 und (in neun Fällen) Mk. 1,50 täglich. Die Ausständigen verlangten den zehnstündigen Arbeitstag, angemessene Kost, menschenwürdige Behandlung und einen Stundenlohn von 15 Pfennig für eine erste, 14 für eine mittlere Kraft und für eben ausgelernte Mädchen 10 Pfennig.

Die Mehrzahl der Unternehmer verweigerte jede Unterhandlung und erschien selbst nicht vor dem Gewerbeschiedsgericht. Man glaubte, wie auch in früheren Fällen mit den Arbeiterinnen leichtes Spiel zu haben. Inzwischen war aber ein "Allgemeiner Frauen- und Mädchenverein" gegründet worden, der über eine wohldisziplinierte Truppe von 178 Mitgliedern verfügte. Die Streikenden hielten sich musterhaft. Sie widerstanden jeder Ueberredung oder Drohung. Man versprach ihnen Wiederannahme zu guten Bedingungen, wenn sie aus dem Verband ausscheiden wollten; es rührte niemanden. Man wühlte gegen sie und entzog ihnen Frankfurter Stickereikunden; auch die davon Betroffenen blieben fest. Schutzlos, hilflos, einzig auf die Groschen von Arbeiterinnen gleich ihnen angewiesen, dachte keine daran, ihr gutes Recht preiszugeben. Die sozialdemokratische Presse war die einzige, die sich ihrer annahm und

Sammlungen veranstaltete. Mitte Mai erschien dann in einem Lokalblatt Frankfurt ein Aufruf zugunsten der Streikenden. Ebenso nahmen sich das Institut für Gemeinwohl und die Rechtsschutzstelle des "Allgemeinen Deutschen Frauenvereins" der Sache an. Die Unternehmer blieben ablehnend. So hing alles davon ab, den Feind an seiner schwächsten Stelle, seinem bedrohten Eigeninteresse, zu packen. Von der Stellungnahme der Frankfurter Hausfrauen, der Kundinnen der Jsenburger Wäschereien, hing alles ab. Wie aber diese Kreise interessiert? Kurz entschlossen ging ich als Vorsitzende der Rechtsschutzstelle in eine Sitzung des Frauenvereins und forderte die anwesenden Delegierten auf, gemeinsam mit mir den Kampf gegen die Jsenburger Wäschereibesitzer aufzunehmen. Man war bedenklich, machte Einwendungen; die Sache schien verloren, denn ich allein hätte nichts ausrichten können. Da spielte ich va banque: "Meine Damen, wenn Sie die Sache nicht mit mir zusammen machen wollen, mache ich sie allein!" Das wollten sie nun doch nicht, denn sie hielten mich für stärker, als ich war, und wollten sich nicht nachsagen lassen, hier zurückgeblieben zu sein. So stimmte man zu. Das Institut für Gemeinwohl unterstützte uns, und es kam vor dem als Einigungsamt angerufenen Gewerbegericht Offenbach a.M. eine Vereinbarung zustande, nach der die Wiederaufnahme der Arbeit unter für die Arbeiterinnen günstigen Bedingungen beschlossen wurde.

In einer grossen, diesen Verhandlungen vorausgegangenen Versammlung, hatte ich mich mit Erfolg für die Ansprüche der Arbeiterinnen eingesetzt. Das Entscheidende war aber mein Vorgehen in der Delegiertenversammlung. Nachdem diese Ueberrumpfung geglückt war, erfolgte alles andere zwangsläufig. Wie ein Lauffeuer ging die Kunde vom ersten gewonnenen Arbeiterinnenstreik durch das ganze arbeitende Deutschland. Eine klare und zielbewusste Arbeiterinnenschaft hatte sich durchgesetzt, und wir durften mit diesem ersten Schritt auf dem Gebiete des Frauenkampfes zufrieden sein.

Henriette Fürth.

Christine de Pisan.¹

"O Mond, Du leuchtest zu lang!
Durch Dich geht die Zartheit verloren,
Die ist zwischen liebenden Toren!
O Mond, Du leuchtest zu lang..."

SPD. Ist wirklich schon ein halbes Jahrtausend seit dem Tode der Frau vergangen, die diese Verse niederschrieb? Ist Christine de Pisan wirklich eine Gestalt des Mittelalters und nicht etwa eine Frau und Dichterin unsrer Zeit? Wenn man sich in ihre Prosawerke, die oft so stark persönlich gefärbt sind, und in ihre zarten, duftigen Gedichte vertieft, dann stellt man sich unwillkürlich diese Fragen. Denn so ganz modern mutet das Lebensschicksal dieser Dichterin, ihr Kampf mit allen Widrigkeiten und Enttäuschungen und ihre Kennzeichnung der Zeitgenossen an, die ihr nahe standen. Ein halbes Jahrtausend - vielleicht ist es nur eine winzige Spanne Zeit, ein einziger leiser Hauch der Geschichte, der leicht über das Bild des Menschen hinglitt, ohne es wesentlich zu verändern....

Nur der Hintergrund, auf dem die Gestalt der Christine de Pisan sich abhebt, die Plattform, auf der sie steht, ist mittelalterlich. Es ist die Atmosphäre des französischen Königshofes, an dem Christine von ihrem Vater, dem Arzt und Hofastronomen Thomas de Pisan, erzogen wurde. Karl V. von Frankreich hat den berühmten italienischen Gelehrten, dessen Vorfahren vielleicht aus einem kleinen Dorfe Pezzano stammten, an seinen Hof gerufen, und solange er regiert, geniesst die Familie alle Vorrechte einer solchen Stellung. Die heranwachsende junge Christine wird von Bewerbern umdrängt - nicht um ihrer

selbst, sondern um der Stellung des Vaters willen, die nahe Beziehungen zum Hofe verspricht: So erzählt Christine selbst. Der Vater jedoch weist gerade die reichsten, ehrgeizigsten Bewerber zurück und wählt einen jungen Picarden, Etienne du Castel, dessen edler, kluger Charakter eine glückliche Ehe für seine Tochter zu verbürgen scheint. Auch der König billigt die Wahl des weisen Gelehrten und macht Etienne zu seinem Sekretär, der etwa die Stellung eines Notars einnahm.

Dann bricht aber jäh das Unheil herein. Karl V. stirbt, und nicht nur im 20. Jahrhundert schlägt der politische Wind um, sind die Schicksale unzähliger Menschen von Todesfällen und Neuernennungen abhängig. Karls Nachfolger sucht Thomas los zu werden; er behandelt ihn schlecht, kürzt sein Gehalt. Für Thomas kommen harte Altersjahre voll Bitterkeit, Kummer und schweren materiellen Sorgen. Christines Lebensverhältnisse verschärfen sich, als ihr Vater stirbt. Aber immer noch ist eine Stütze und ein Schutz der Familie da, der junge Ehegatte, mit dem Christine in glücklichster Ehe lebt. Doch eine ansteckende Krankheit rafft auch ihn hinweg und überlässt die fünfundsiebenzigjährige Witwe mit zwei Kindern, einer alten Mutter und mehreren verarmten Verwandten, die mit der Familie aus Italien an den französischen Hof gekommen waren, ihrem Schicksal. Christine versucht, dieses Schicksal zu meistern. Sie führt verzweifelte Prozesse für sich und ihre Kinder, deren Verlauf sie ausführlich beschreibt. "Witwen sollen nicht allein Prozesse anfechten", so warnt sie in ihrem "Buch der drei Tugenden", "sie sollen sich vielmehr der Hilfe eines gewandten, rücksichtslosen Advokaten bedienen. Sie sollen mutig und beständig sein und nicht ihre Zeit mit Tränen und Seufzern hinbringen." Diese harte Erkenntnis war die Frucht vieler schmerzlicher Jahre, in denen Christine betrogen, übervorteilt und von einstigen Freunden schmählich im Stiche gelassen wurde. Erlogene Ansprüche an ihr Besitztum, die sie nicht genügend entkräften konnte, vertrieben sie von ihrem Grund und Boden. "Leider ist es gewöhnlich Brauch bei den Ehemännern, ihre Geschäfte und Geldangelegenheiten nicht restlos mit den Frauen zu besprechen, sie in alles einzuweihen", so klagt Christine in der "Vision". "Daraus kommt oft Unheil, wie es bei mir leider eintraf." Der letzte schwere Verlust wurde ihr durch einen Kaufmann zugefügt, der als ehrenhaft galt, und dem die Vormünder die Verwaltung des Vermögens der drei Kinder übertrugen. Als er jedoch Abrechnung über das Geld geben sollte, schützte er geschäftliche Verluste vor, in die auch das Mündelgeld hineingezogen worden sei.

Ihre Liebe zu den Wissenschaften und ihr schriftstellerisches Talent ist Christines Rettung. Ihre gute Erziehung schuf die Grundlage ihrer Arbeit. Gedicht auf Gedicht fließt aus ihrer Feder, zarte, warm empfundene, zierliche Verse. Schon zu Lebzeiten ihres Gatten dichtete sie, wie die liebevolle Ballade zeigt: "Etwas Schönes ist die Ehe! Das kann ich an mir selbst beweisen. Zu meinem guten, klugen Gatten schau' ich auf, den Gott mich finden liess. Gelobt sei er, und mög' er meinen Mann beschützen!" Nach dem Tode ihres Gatten ist der Ton schwer und müde. "Allein bin ich, allein will ich sein" und "Ich bin Witwe, traurig und schwarz gekleidet" - so klagt Christine in ihren Balladen. Dann folgt eine Reihe von Liebesgedichten, die vielleicht aus neuem Erlebnis, vielleicht aber auch aus der Erinnerung an glückliche Jahre geschrieben wurden. Sie werden schnell bekannt. Fürstliche Gönne finden sich, die sich der Dichterin annehmen und ihr die Möglichkeit geben, größere Arbeiten, so ihr erstes Prosawerk über Karl V., zu verfassen. Aber einer nach dem andern, so der Graf Salisbury, Herzog Philipp von Burgund, Visconti, der Herzog von Mailand, stark innerhalb kurzer Zeit, und Christine stand wieder allein. Dennoch arbeitete sie unverzagt weiter. In den schweren politischen Wirren, die Frankreich zu Beginn des 15. Jahrhunderts durchtobten, nahm sie entschlossen Partei. Ihr Brief an die Königin Isabella, der im Hinblick auf Witwen und Waisen zum Frieden mahnt, und ihre Schrift "Kla-

gen über die Schrecken des Bürgerkrieges" sind auch heute noch lesenswert. Dann aber entschwindet Christine unserm Gesichtskreis. Etwa um 1418 scheint sie sich, vielleicht tief erschüttert und angeekelt durch das Treiben um sich her, in ein Kloster zurückgezogen zu haben. Nur ein einziges späteres Gedicht, vielleicht ihr letztes, besitzen wir noch: Es ist ihr Loblied auf die Jungfrau von Orleans. Wie Christine sich mehr als zwei Jahrzehnte zuvor leidenschaftlich für das weibliche Geschlecht eingesetzt und die Zynismen des damals weltberühmten "Rosenromans" zurückgewiesen hatte, so pries sie in diesem letzten Gedicht am Beispiel eines jungen französischen Mädchens die Würde und Ehre des Frauentums.

Drei Jahrhunderte lang ruhten Christines Werke vergessen in Bibliotheken und Archiven, bis man sich ihrer wieder erinnerte. Ihre feinen, liebenswürdigen, granziosen Dichtungen aber wie ihre Prosawerke, deren Gesellschaftskritik und Eintreten für Frauenarbeit und Frauenbildung gerade uns Heutigen etwas zu sagen haben, blieben lebendig. Wie auf dem leuchtenden, tiefen Goldgrund einer mittelalterlichen Handschrift steht sie plastisch vor uns, diese tapfere, fleissige, begabte Frau, die erste beruflich tätige freie Schriftstellerin Frankreichs.

Dr. Elae Möbus.

Mitleid.^x

SPD. Auf dem Bahnsteig sassen Familien, die wahrscheinlich ihren Wohnort wechseln wollten, auf Schliesskörben und Gepäckbündeln. Die Männer starrten schicksalsergeben auf ihre Stiefelspitzen, die Kinder drängten sich unruhig an ihre Mütter, die aussahen, als würden sie sich lieber vor den Zug werfen als den Kopfsprung ins Ungewisse wagen. Brautpaare gingen Hand in Hand den Bahnsteig entlang und sahen sich mit wehem Lächeln in die Augen. Letzte Ermahnungen wurden erteilt. Eine Ziehharmonika quietschte: "Muss ich denn zum Städtel hinaus..." Einige Leute standen vor dem Ausschank und suchten ihre Unruhe in Bier und Cognak zu ertränken. Einer stritt sich mit dem Gepäckträger.

Endlich brauste der Zug heran. "Personenzug - Berlin!" schrielen die Schaffner, "Hamburg-Hauptbahnhof!" Die Reisenden stürzten auf die leeren Abteile los. Die Menschen hingen wie Trauben an den Trittbrettern.

Ich erwischte einen Fensterplatz und musste mich in die Ecke drücken, weil zwei junge Leute in fertig gekauften Anzügen von billiger Eleganz an der Abteiltür standen und auf zwei Mädchen einsprachen, die auf dem Bahnsteig standen und ihre Hände in die Fensteröffnung gelegt hatten. Hände, die trotz der Pflege zerarbeitet aussahen, mit knotigen Fingergliedern und plat-ten, gefärbten Nägeln. Die Augen der Mädchen fieberten: sie drückten das höchste Mass von Liebe aus, das sie auszudrücken vermochten.

Der Zug fuhr ab. Die beiden Mädchen liefen eine Strecke weit mit und liessen ihre Taschentücher flattern. Die jungen Leute winkten lebhaft zurück. Dann setzten sie sich tief atmend auf ihre Plätze.

Ausser ihnen waren im Abteil: ein gut aussehender Mann Ende Zwanzig, mit schwarzkrausem Haar: er schien eine Tscheche zu sein; ein kleiner Buckliger, der seinen Körperfehler durch einen gut geschneiderten Anzug zu verbergen suchte, und ein verschlafener Angestellter vermutlich, der, seine Aktentasche unklammernd, in sich zusammengesunken da sass und gähnte. Mir gegenüber verbarg sich ein junger Mensch von unbedeutendem Aussehen hinter einer Bilderzeitschrift, als ich ihn musterte.

In Schwarzenbeck stieg der Angestellte aus und wünschte uns höflich eine

angenehme Reise. Der Bucklige nahm seinen Koffer herunter, kramte Decke, Fellover und Filzschuhe hervor und machte es sich bequem. Sein verblasenes Gesicht mit den hellen Augen wanderte misstrauisch von einem Reisenden zum andern, bevor er sich zum Schlaf auf die Bank legte. Der Tscheche las in einem Buche mit knallgelbem Umschlage. Die beiden jungen Leute rauchten nachdenklich ihre Zigaretten. Mein Gegenüber blieb in seine Bilderzeitschrift vertieft. Ich versuchte, die spärlichen strähnigen Haare auf dem Kopfe des Buckligen zu zählen, der neben mir lag. Darin wurde ich unterbrochen, wenn der Bucklige von Zeit zu Zeit auffuhr und um sich schaute.

Kurz vor Boitzenburg fragte der vermeintliche Tscheche, wo wir wären. Diese Frage war der Auftakt dazu, dass alle von ihrer Zurückhaltung abliessen. Mit einem Male waren wir in ein Gespräch verwickelt. Ich erfuhr, dass der Schwarzhäutige Holländer und nicht Tscheche war. Die beiden jungen Leute stellten sich als Seeleute vor, die nach längerer Abwesenheit ihre Eltern in Berlin besuchen wollten. Der Bucklige war Vertreter einer Beleuchtungskörperfabrik und bat um Auskunft, wie er am schnellsten nach dieser und jener Strasse in Berlin kommen könnte. Der Holländer bot Keks an. Einer der Seeleute liess seine Zigarettschachtel die Runde machen. Mein Gegenüber liess seine Zeitung sinken. Er beteiligte sich am lebhaftesten am Gespräch, erzählte Schnurren, war lustig. Doch es klang alles gemacht; es war eine krampfhaft Heiterkeit. (Das ist mir aber erst später klar geworden).

Der Zug schob durch die Mark Brandenburg. Ein kalter Morgen kroch durch die Abteillfenster. Wir sassen mit übernächtigen Augen und schwiegen.

Die Grenze zwischen Tag und Nacht schafft eigenartige Stimmungen. Trotz des Halbdämmerzustandes nach einer durchwachten Nacht sieht man alles klarer, nüchterner. (Prüfe, ob du eine Frau auch liebst zwischen Nacht und Morgen, und du merkst, ob du sie wirklich liebst!)

Aus dieser Stimmung heraus, alle Hemmungen fallen lassend, in einer Art seelischem Exhibitionismus, machte mein Gegenüber uns zu Mitwissern dessen, was ihn bedrückte. "Sie kennen mich nicht..., wir werden uns wahrscheinlich nie wiedersehen..., hören Sie mich an, raten Sie mir!" begann er plötzlich. Seine Stimme klang belegt, seine Augen flackerten hilfesuchend. Dann berichtete er uns, er hätte eine Braut gehabt, die an einem verbotenen Eingriff einer "weisen Frau" gestorben wäre. Die Frau hätte alles zu vertuschen verstanden: "es war ein schönes, liebes Mädchen, so gesund und blühend...; ich habe sie sehr geliebt!" Die Tränen sprangen ihm in die Augen. "Ich kann nicht drüber wegkommen...; ich fahre nach Berlin, um die Frau zur Rechenschaft zu ziehen...; es gibt ein Unglück!"

Wir waren aus unserer Lethargie gerissen. Keiner sagte ein Wort. Eine unheimliche Stille war im Abteil. Der Holländer sass vornüber gebeugt; seine blauen Augen wurden dunkel und feucht. Der Bucklige räusperte sich und begann zu fragen. Mir kam es vor im Morgengrauen, als sähe er wie ein Mäuserich aus. Mein Gegenüber gab mit brüchiger Stimme Auskunft, wie alles gekommen war: dass er zu wenig verdiente, als dass er seine Braut hätte heiraten können. Da wäre nichts zu machen; er könnte nur Unannehmlichkeiten haben, meinte der Bucklige. Der eine Semann schob sich aus seiner Ecke, legte dem Unglücklichen plump-zärtlich die Hand auf die Schulter und sagte, er würde die Frau zum Krüppel schlagen, wenn ihm das begegnete. Dann wuchs das unheimliche Schweigen wieder auf. Schliesslich begannen die Seeleute, von ihren Fahrten zu erzählen. Anfangs flüsterten sie, als fürchteten sie, einen Schlafenden zu wecken. Der Bucklige frühstückte. Der Holländer sah aus dem Fenster. Mein Gegenüber starrte mit erloschenen Augen auf ein Reklameplakat.

Als wir durch Siemensstadt fuhren, spiegelte sich die Sonne in den Fenstern der Bürohäuser und liess sie golden aufleuchten. - Ich grübelte immer noch über das Schicksal meines Gegenüber nach. Ich zerschnitt mein Gehirn: Wie kann man da helfen? Ich beschloss, einen Polizisten auf ihn auf-

merksam zu machen, wenn wir Berlin erreicht hatten.

Ich habe keinen Polizisten benachrichtigt. Ich habe überhaupt nichts unternommen. Ich wollte ja so gern helfen. Aber wie....?

Erich Preusse.

An die Frauen Europas.X

Soldaten, steht auf! Erde, reisse dich bloss!
Der Vollmond spielt über die Gräberhügel.
Totenschädel, Gehirn und Gebein hat heute Flügel,
Befruchtet von tausender Mütter Schoss.

Kreuz über Kirohe, Kreuz über Erde und Dreck!
Englischmann, Franzose und Russe - alles egal!
Hört ihr den Ruf eurer Söhne und das Signal?
Unser Dasein hatte einen symbolischen Zweck.

Habt ihr gestern Abend die Leiterwagen voll Leichen gesehen?
Sie kamen gerade vom Pinonkanal!
In Berlin sang man rührend den fünften Choral,
Und der Pfarrer redete vom Auferstehn.

Die Frauen aller Länder gebären täglich hunderttausend Jun-
zieht sie nur gross, und wenn sie grösser sind u. Mann, /gen.
Brüllt man vom Krieg, vom Erbfeind, Vaterland, und dann -
Dann wird mit ihnen auch so umgesprungen.

Ihr habt die Pflicht, jetzt zu erlösen.
Das Feldgeschrei: Nie wieder Krieg! Damit der Geist
Die Herzen fremder Menschen fester schweisst
Zu einer Einheit, die befreit vom Bösen.

So steht denn auf und ruft und schreit: Es werde!
Wir brauchen keine Waffen - Helden - Ruhm.
Wir brauchen nur ein hohes Menschentum,
Damit es heller auf der dunklen Erde werde.

Karl Brinkmann.

SPD. Eier gegen Kropf.^X Zwei deutsche Forscher Scharrer und Schropf
haben versucht, den natürlichen Jodgehalt des Hühnereis durch entsprechende
Ernährung der Hühner zu steigern, - mit dem Erfolge, dass nach einer drei-
wöchigen Darreichung von täglich 2 Milligramm Jod in Form von Jodkalium der
natürliche Jodgehalt des Eies, der normalerweise etwa 4 bis 7 Milligramm
pro Ei beträgt, fast auf das Hundertfache anstieg. Die Forscher nehmen an,
dass diese "Jodeier" praktische Bedeutung dadurch gewinnen könnten, dass sie
sich für die Behandlung mancher Krankheiten, z.B. gewisser Formen des Kropf-
fes, als geeignet erweisen werden.
